

ECKPFEILER DES INT. KLIMARECHTS

Zahlreiche multilaterale Umwelt- und Klimaschutzabkommen wurden bereits ausgehandelt und auch in nationales Recht übernommen. Eine Übersicht darüber finden Sie in der ... *Mittenaufgabe*

WIR WAREN FÜR SIE UNTERWEGS

Das sind die exklusiven Nachberichte: Zukunftsforum Gröngas, Urania-Veranstaltung des Österreichischen Biomasse-Verbandes, 70 Jahre Eschlböck und die Eröffnung des neuen Bürogebäudes des Planungsbüros Riebenbauer. *Diverse Seiten*



GASTAUTOR

Pressleiter Christopf Zipf von WindEurope sieht in Des- und Fehlinformationen eine Gefahr für die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas. *Seiten 18 & 19*



Schaumgebremste Beschleunigung

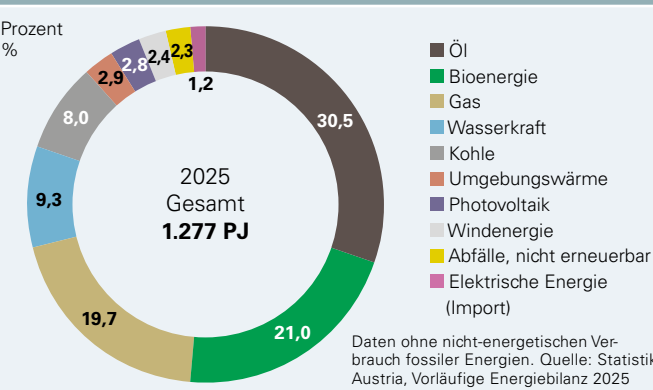
Die Bundesregierung hat im Juni zwei wesentliche energiepolitische Weichen gestellt: Das Doppelbudget 2027/28 und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz. Beide Vorhaben beinhalten zahlreiche positive Ansätze, jedoch ist auch klar, dass damit die Energiewende-Ziele nicht (so schnell) erreicht werden können. *Mehr auf Seite 3*



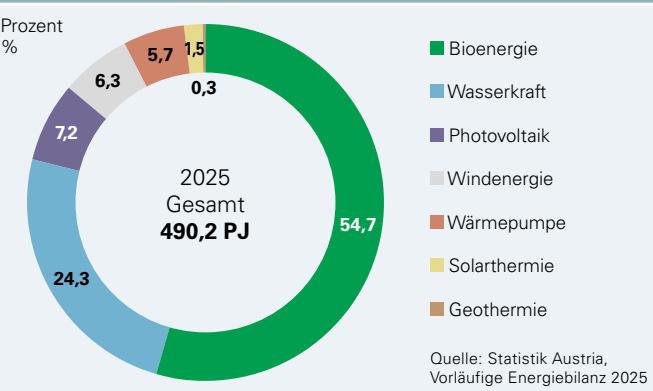
Trotz alledem

Diese Kolumne wurde am (bisher) heißesten Tag des Jahres geschrieben. Und wir können mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, dass uns der an Wetterextremen reiche Sommer 2026 in ein paar Jahren als immerhin noch relativ kühler Sommer in Erinnerung bleiben wird. Das ist eben die Auswirkung des Klimawandels. Und niemand scheint ihn aufhalten zu können. Oder zu wollen. Nur dieses kleine gallische Dorf...
Nein, auch dieses nicht: Selbst mit größten Anstrengungen im Klimaschutz wird es uns in Österreich nicht gelingen, in absehbarer Zeit wieder weniger heiße Sommer zu bekommen. Selbst wenn viele Staaten im Gleichklang die Verbrennung fossiler Energieträger und damit den Ausstoß klimabelastender Gase reduzieren, wird es nicht im Handumdrehen kühler werden. Viel Gesprächsstoff für den Stammtisch: Kommt jetzt die Apokalypse? Nein, so bald wird unser Land (und schon gar nicht unser Planet) nicht unbewohnbar werden. Können wir also weitermachen, wie bisher? Nein, auch das nicht. Trotz alledem geht es eben nicht nur um den Klimaschutz, dessen Gelingen in optimistischen Szenarien in einer fernen Zukunft bessere Bedingungen für unsere Kinder und Enkel schaffen kann. Es geht vielmehr darum, die verbliebenen Reserven an fossilen Kohlenstoffvorräten sehr langfristig für künftige Nutzungen zu sichern – und unsere Gesellschaft gleichzeitig mit leistbarer erneuerbarer Energie unabhängiger zu machen. Das wäre auch dann eine sinnvolle Aufgabe, wenn der Klimawandel nicht an deren Dringlichkeit erinnern würde. Daher darf man da nicht lockerlassen. Und ja: Wir müssen uns auf weitere heiße Sommer einstellen – da ist nicht nur Bekämpfung des Klimawandels angesagt, sondern Anpassung an dessen Folgen. *conrad.seidl@gmx.at*

Bruttoinlandsverbrauch Energie



Bruttoinlandsverbrauch Erneuerbare



Energie- und Rohstoffpreise

	Energiepreise 2026 Stand 29.06.*	Preisentwicklung Cent/kWh*			CO ₂ -Faktor inkl. Vorkette	
	€ (Einheit)	Cent/kWh	Ø 2025	Ø 2024	Veränd.%	kg CO ₂ /kWh
Haushalt						
Brennholz	138,59 (rm)	7,34	7,16	7,23	−0,1	0,02
Pellets	0,39 (kg)	7,96	6,64	6,27	+5,9	0,04
Heizöl	1,32 (l)	13,20	10,99	11,57	−5,0	0,34
Erdgas	0,15 (kWh)	14,85	14,22	15,79	−9,9	0,24
Diesel	1,72 (l)	17,57	15,73	16,34	−3,8	0,33
Eurosuper	1,65 (l)	19,03	17,53	18,11	−3,2	0,32
Strom	0,31 (kWh)	30,64	34,01	33,14	+2,6	0,30

Großhandel und Börse

Kohle	101,98 (t)	1,27	1,09	1,29	-14,8	0,33
Erdgas	42,05 (MWh)	4,21	3,60	3,50	+2,9	0,24
Erdöl Brent	61,50 (Fass)	2,80	2,76	3,37	-18,0	-
Pellets	0,33 (kg)	6,73	5,51	5,31	+3,9	0,04
Strom	169,08 (MWh)	16,91	9,93	8,09	+22,7	0,30
Heizöl	0,76 (l)	7,58	5,39	6,00	-10,2	0,34
Ethanol	0,50 (l)	8,49	9,18	9,01	+1,9	0,20
Biodiesel	1,40 (l)	12,12	11,29	11,81	-4,5	0,13
Sägenholz	20,05 (Srm)	2,69	2,23	2,12	+5,0	-
Faser-/Schleifh.	43,82 (FMO)	2,35	2,08	2,22	-6,3	0,02
Sägerundholz	127,38 (rm)	6,84	6,11	5,45	+12,1	0,02
Körnermais	195,05 (t)	0,96	1,06	0,98	+7,1	-
Futterweizen	179,50 (t)	0,74	0,82	0,59	+40,0	0,08
Ölraps	488,52 (t)	2,59	2,60	2,41	+8,1	0,13

*zum Druckzeitpunkt verfügbare Preise, weitere Infos auf S. 20



Prof. Ernst Scheiber
Auf den Punkt gebracht

CO₂-Rekorde weltweit

432,04 ppm (parts per million) – das ist der höchste je gemessene CO₂-Wert in der Menschheitsgeschichte und Millionen von Jahren, aufgezeichnet in diesem Mai in der Messstation Mauna Loa auf Hawaii. Der Anstieg der CO₂-Konzentration erfolgte in den letzten Jahren hundert Mal schneller als je zuvor in der Geschichte der Menschheit. Natürlich hat das Auswirkungen auf die Lebensumstände in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten.

„DER ANSTIEG DER CO₂- KONZENTRATION ERFOLGTE IN DEN LETZTEN JAHREN HUNDERT MAL SCHNELLER ALS JE ZUVOR IN DER GESCHICHTE DER MENSCHHEIT.“

Ähnliche CO_2 -Werte wie aktuell gab es vor 2,5 bis 15 Millionen Jahren. Damals war der Meeresspiegel um mehr als zehn Meter höher als jetzt. Der Hauptgrund für die verheerende CO_2 -Konzentration – vor allem in den letzten hundert Jahren – ist die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Sie setzt jährlich mittlerweile Milliarden Tonnen CO_2 frei. Das Anhalten dieses fatalen Trends wird früher oder später weite Teile der Erde unbewohnbar machen.

„DAS ANHALTEN DIESES FATALEN TRENDS WIRD FRÜHER ODER SPÄTER WEITE TEILE DER ERDE UNBEWOHNBAR MACHEN.“

Ein Wert von 350 ppm als Obergrenze der globalen Erwärmung wird als noch vereinbar mit dem 1,5 Grad-Ziel angesehen. Dieser Wert wurde erstmals um 1990 überschritten. Die Zusammensetzung der Luft (nach Volumen in Prozent) für einen CO_2 -Wert von 432 ppm beträgt für Sauerstoff (O_2) 21 %, für Stickstoff 78 % (N_2), Argon (Ar) 1 % und CO_2 0,04 %.

„DIE WICHTIGSTE URSACHE FÜR DEN HORRIBLEN ANSTIEG DER CO₂-WERTE HÄNGT MIT DEM VERBRENNEN DER FOSSILEN ENERGIE ZUSAMMEN.“

Wegen seiner bedrohlichen Rolle wird die Wirkung der übrigen Treibhausgase in ökologischen Mengen von CO_2 ausgedrückt, und es wird von CO_2 -Äquivalenten gesprochen. Diese Zusammenhänge machen auch klar, warum dem Kohlendioxid in der Klimadiskussion eine so große Bedeutung zugemessen wird. Die wichtigste Ursache für den horriblen Anstieg der CO_2 -Werte hängt mit dem Verbrennen der fossilen Energie zusammen.

„TROCKENHEIT, ÜBERSCHWEMMUNGEN UND NAHRUNGSMITTELKNAPPHEIT SIND DIE LOGISCHEN FOLGEN.“

Unser „Land“ – der Wald, die Wiesen und Äcker – trocknet aus, weil wir weltweit auf den fünf Milliarden Hektar der begrünten landwirtschaftlich genutzten Flächen die Wasserspeicher in den Humusschichten und damit ihre Kühlungsfunktion halbiert haben. Zehn Mal mehr CO₂ aus Öl, Gas und Kohle kam in den vergangenen 80 Jahren – auch in Österreich – wegen des Düngereinsatzes in der Landwirtschaft. Der Wald hat bis etwa 2020 freigesetztes CO₂ durch erhöhtes Wachstum aufgenommen. Seit fünf Jahren explodiert im ausgetrockneten Wald der Schadholzanteil, er bindet aus Wassermangel nur mehr einen Bruchteil des CO₂ aus der Humusoxidation. Jetzt steigt bei uns und weltweit das CO₂ in die Atmosphäre und damit zwangsweise auch die Welt-Durchschnittstemperatur. Trockenheit, Überschwemmungen und Nahrungsmittelknappheit sind die logischen Folgen.

„DIE OZEANE SIND RIESIGE UND SEHR TRÄGE ENERGIESPEICHER, IHRE ERWÄRMUNG VOLLZIEHT SICH SEHR LANGSAM.“

Die Temperatur steigt so lange, bis sich ein neues Gleichgewicht zwischen Sonneneinstrahlung und Wärmeabstrahlung einstellt. Angesichts der riesigen Energiemenge, die laufend von der Sonne auf die Erde einströmt, führen schon geringfügige Änderungen in der Menge der Treibhausgase zu gravierenden Veränderungen des Energiekreislaufes auf unserem Planeten. Das betrifft die Temperatur der Atmosphäre. Errechnet wurde, dass durch den Anstieg der Treibhausgase im Zeitraum von 1971 bis 2010 auf der Erde eine zusätzliche jährliche Energiesparmenge gespeichert wurde, die fünfhundert Mal so groß ist wie der jährliche weltweite Energieverbrauch. Von dieser Energiemenge wurden 93 % in den Ozeanen gespeichert, 3 % am Festland, weitere 3 % durch das Schmelzen der Gletscher und nur 1 % führte zur Erwärmung der Atmosphäre. Die Ozeane sind riesige und sehr träge Energiespeicher, ihre Erwärmung vollzieht sich sehr langsam.

**„DER AUFBAU DER SOLAREN ENERGIEWIRTSCHAFT
IST EINE CHANCE UND KEINE BEDROHUNG.“**

Die Erderwärmung ist viel weiter fortgeschritten, als viele wahrhaben wollen. Der Aufbau der solaren Energiewirtschaft ist eine Chance und keine Bedrohung. Er löst eine riesige Investitionswelle aus, die Hunderttausende Arbeitsplätze schafft, verteilt auf Österreich für die Installation von PV-Anlagen, Windrädern, Energiespeichern und verbesserten Stromnetzen. Bessere Ausstattung der Haushalte und verbesserte Wärmedämmung sowie die Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr, die Radwege und die E-Mobilität. Entscheidend wird sein, dass nicht weiter viele Milliarden Dollar an Länder überwiesen werden, die Kriege führen und Terrororganisationen finanzieren.

Das fordert Ihr

Ernst Scheiber



Wir haben nachgefragt:
Klimaschutz auf der Überholspur?



Ulla Rasmussen
Verkehrsclub Österreich (VCÖ)



Johannes Wahlmüller
Global 2000



Viktoria Auer
WWF

Doppelt vergeben

„Wäre der Autoverkehr wie in Norwegen stark elektrifiziert, wären höhere Spritpreise ein geringeres Problem.“ Und: „Wir müssen dem fossilen Zeitalter entfliehen.“ Leider lässt Finanzminister Markus Marterbauer seinen treffenden Worten aus der Budgetrede keine Taten im Budget folgen. Im Gegenteil: Beim Öffentlichen Verkehr und bei der Rad-Infrastruktur wird gekürzt, bei privat genutzten Firmen-Elektroautos ein Sachbezug eingeführt, während es bei den Verbrenner-Firmenwagen keine Erhöhung gibt. Überhaupt bleiben die klimaschädlichen Subventionen im Jahr 2027 völlig unangetastet. Erst im Jahr 2028 sollen sie um 0,19 Milliarden Euro reduziert werden – das sind lediglich drei Prozent der gesamten klimaschädlichen Subventionen. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Aus Sicht des VCÖ ist das Budget eine doppelt vergebene Chance, die zahlreichen Verkehrsprobleme nachhaltig zu verringern und die Mobilität der Bevölkerung umweltverträglich und sozial gerecht zu verbessern.

Schwerer Fehler

Während in Österreich die Temperaturrekorde fallen, Asphalt schmilzt und sich selbst Eisenbahngleise verbiegen, soll im kommenden Doppelbudget am stärksten beim Klimaschutz gespart werden. Ab dem kommenden Jahr gibt es fast ein Drittel weniger für Energiewende, Klima- und Umweltschutz. Das alles ist völlig unnötig: Würde man bei umweltschädlichen Subventionen in Höhe von 5,7 Mrd. Euro sparen, könnte das Budgetloch einfach gestopft werden und es wäre genug für wichtige Investitionen da. Die Regierung macht Klimaschutz im Rückwärtsgang oder zumindest mit angezogener Handbremse, denn leider überzeugen auch die wenigen Gesetzesinitiativen nicht. So hat das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz mit 30 TWh bis 2030 ein zu niedriges Ausbauziel. Im nationalen Energie- und Klimaplan werden 35 TWh als notwendig zur Erreichung der 2030-Klimaziele erachtet. Die Bundesregierung soll bei der Energiewende endlich einen Gang zulegen, denn es gibt kein brennenderes Thema bei dem so viel wirtschaftlich zu gewinnen ist. Wann begreifen das die EntscheidungsträgerInnen endlich?

Rückschritt

Das Doppelbudget ist ein Rückschritt für den Klima- und Naturschutz. Die Bundesregierung setzt die falschen Prioritäten: Umweltschädliche Subventionen in Milliardenhöhe bleiben größtenteils unangetastet, während beim Klimaschutz Kürzungen dominieren und neue Offensiven für Biodiversität fehlen. Dabei werden langfristige Kosten völlig ausgeblendet. Wer heute bei der Vorsorge spart, zahlt morgen doppelt. Strafzahlungen bei verfehlten EU-Klimazielen und höhere Kosten für Hitze, Dürre und Hochwasser konterkarieren langfristig die Budgetsanie- rung.

Das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) enthält zumindest ein positives Signal: Die letzten verbliebenen 14 % der ökologisch sehr guten Fließgewässerstrecken sind vom automatischen übergeordneten öffentlichen Interesse ausgenommen. Gleichzeitig bleiben die Ausbauziele bei Wind und Photovoltaik für die Bundesländer allerdings zu niedrig. Die Versäumnisse des Doppelbudgets und das Fehlen wirksamer Ordnungspolitik für Klima- und Biodiversitätsschutz lassen sich damit nicht ausgleichen.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Biomasse-Verband; **Chefredaktion:** Antonio Fuljetic-Kristan (AFU), Christoph Pfemeter (CP); **Redaktion:** Peter Liptay (PL), Tina Thanhauzer (TT); Martina Friedl (MF); **Layout und Gestaltung:** Antonio Fuljetic-Kristan; Wolfgang Krasny; **Hersteller:** Multimedia Produktions GmbH, Ing.-Eitel-Straße 30, 6020 Innsbruck; **Verlagsort:** Verlagspostamt: 1010 Wien/ Rbb.; **Erscheinungsweise:** Dreimal jährlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Unterlagen besteht keine Gewähr auf Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers decken muss. Bei höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche. Nachdruck auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet. **Auflage:** 60.000 Exemplare, Eigenangabe; **Bankverbindung:** RLB NO-Wien, BLZ 32000, Konto: 470.153, IBAN AT75 32000 0000 0047 0153, BIC RLNWATWW; **Kontakt:** Mail: office@oekoenergie.cc; Tel.: +43 (1) 533 07 97 13. **Gendering:** Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen in der Zeitung sind geschlechtsneutral zu verstehen.

Zu wenig finanzielle und regulatorische Anreize

Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG): Wichtiger erster Schritt; Beschleunigung hängt von den Bundesländern ab

Europa erwärmt sich schneller als jeder andere Kontinent der Erde. Erstmals wurden im Juni in Österreich Temperaturen von über 40°C gemessen, was auch seit Jahren von Expertinnen und Experten vorausgesagt worden ist: Durch die Klimakrise werden Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen, Hitze und Dürre häufiger und vor allem intensiver.

Die österreichische Regierung muss aber gerade einen Spagat meistern: Sparmaßnahmen aufgrund der budgetären Lage setzen und gleichzeitig den Klimawandel durch das Vorantreiben der Energiewende mindern. Dies soll mit dem vorgestellten Doppelbudget 2027/28 und unter anderem dem im Juni beschlossenen Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) geschafft werden.

Die Verbände für erneuerbare Energien, Umwelt-NGOs und auch zahlreiche Ökonomen sind sich einig, dass die Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die selbst gestellten Ziele zu erreichen und auch keine große Beschleunigung zu erwarten ist.

IV. QUARTAL VORAUSSICHTLICH WIEDER KESSELTAUSCHANTRÄGE

Finanzminister Markus Marterbauer hielt am 10. Juni die Budgetrede für die Finanzperiode 2027/28. Im Umwelt- und Klimabereich plant die Regierung im Doppelbudget eine Kürzung von 405 Mio. Euro. 339 Mio. Euro betreffen allein die Förderungen für Sanierung und Heizungstausch. Die „Geräte-Retter-Prämie“ wird eingestellt. Ab 2028 ist geplant, klimaschädliche Subventionen im kleinen Rahmen mit rund 190 Mio. Euro abzubauen (geschätztes Gesamtvolumen über 5 Mrd. Euro).

Für die Förderung der Sanierung und des Heizungstausches von fossil auf erneuerbar stehen 2027 345 Mio. Euro zur Verfügung (180 Mio. Euro für Kesseltausch). Diese soll im Folgejahr um 17 Mio. Euro auf 362 Mio. Euro steigen. Der Kesseltauschfördersatz soll von 30 auf 20 % reduziert werden, wodurch umgerechnet etwa 30.000 Kesselwechsel gefördert werden könnten. Über den Sommer werden mit den Stakeholdern die Details besprochen und der UFI-Kommission präsentiert. Es wird davon ausgegangen, dass im IV. Quartal wieder Anträge für das Jahr 2027 gestellt werden können. Bis dahin wird es nach dem Auslaufen der aktuellen keine Förderung geben. Das Programm „Sauber Heizen für alle“ bleibt weiterhin aufrecht. Die thermische Sanierung wird künftig auf Finanzierungszuschüsse (kein zwingender Kredit notwendig) umgestellt. 30 Mio. Euro stehen für die Fernwärme bereit, und ein „klimafitter Wald“ soll mit der Verlängerung des Waldfonds mit 54 Mio. Euro unterstützt werden. E-Autos werden in den Sachbezug einbezogen.

„Wir wollen raus aus dem EU-Defizitverfahren und stehen dadurch unter hohem Spardruck“, erklärte Umweltminister Norbert Totschnig. „Wir haben noch sehr große finanzielle Verpflichtungen aus dem Jahr 2024 geerbt, die wir bezahlen mussten und wodurch die Vorbudgets überdotiert waren. Trotz Sparmaßnahmen haben wir es aber geschafft, jährlich etwa 360 Mio. Euro für die Sanierungsoffensive zu erhalten. Die Höhe bleibt zur Vorperiode also gleich. Wir möchten nur das Geld

effizienter einsetzen und mit weniger Euro mehr Wirkung erreichen. Wir garantieren aber weiterhin die Kontinuität und Planungssicherheit beim Heizkesseltausch mit einer Anreizförderung.“

GERINGE FORTSCHRITTE ZU ERWARTEN

„Wir begrüßen das Signal der Bundesregierung, dass es verlässliche und stabile Förderungen für den Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf erneuerbare Energieträger weiterhin geben wird. Mehr als 1,2 Mio. Haushalte, die mit Heizöl und Erdgas heizen, sind aber den Energiepreisschocks, die von fossilen Energien ausgelöst werden, noch immer schutzlos ausgeliefert. Die vorhandene Kesseltauschrate ist einfach zu gering, um die Wärmewende zu schaffen. Es wäre allein für

gen. Und das ist der größte Haken am EABG: Die Bundesländer verfolgen hier sehr unterschiedliche Strategien bzw. Ansichten, die von mustergültiger Umsetzung bis zur totalen Verweigerung gehen könnten.

Beispiel: Es wird allgemein nicht davon ausgegangen, dass es beispielsweise in Kärnten und Oberösterreich bei der vorhandenen politischen Agitation zu großen Beschleunigungsgebieten für die Windkraft kommen wird, obwohl es Potenziale gebe. Von politischer Seite aus wird bei der Wasserkraft von keinen Beschleunigungsgebieten gesprochen, bei der Bioenergie macht es wenig Sinn.

ÜBERRAGENDES ÖFF. INTERESSE

Nach langen Diskussionen wurden die Ausbauziele für 2030 von 27 TWh

gibt keinen griffigen Sanktionsmechanismus gegen die Bundesländer. Fehlende Personalressourcen für Behörden und Sachverständige führen weiterhin zu erheblichen rechtlichen Unsicherheiten auf Projektebene.

VERFAHRENSBESCHLEUNIGUNG

Liegt eine Anlage zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen und deren zugehörige Netz- und Speicherinfrastruktur in einem Beschleunigungsgebiet, kann sie durch ein Grobprüfungsverfahren von der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und Naturverträglichkeitsprüfung (NVP) befreit werden. Werden im Verfahren mögliche negative Auswirkungen festgestellt, kann die Behörde Minderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen vorschreiben. Wenn diese nicht mög-

eine Verpflichtung zur Errichtung einer PV-Anlage bei Neuerrichtung von überdachten Parkplätzen ab 2030. Gleichzeitig wurden bei den Ausbauzielen Chancen vergeben, die Österreich für eine sichere, leistbare und unabhängige Energieversorgung dringend gebraucht hätte, heißt es.

NUR 3 MONATE SCHNELLER ...

Die IG Windkraft sieht das beschlossene EABG als ersten Schritt. Es braucht aber weitere, um echte Beschleunigung zu erreichen: verbindliche Ziele, klare Vorgaben für die Flächenausweisung von Windkraft-Projekten und eine belastbare Perspektive für die Versorgungssicherheit Österreichs. Eine interne Analyse der IG Windkraft hat gezeigt, dass mit dem EABG die Verfahrensdauer für Windkraftprojekte voraussichtlich um rund 3 Monate verkürzt wird, was bei durchschnittlichen 5 bis 7 Jahren ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Ferner herrscht große Skepsis über die festzulegenden Beschleunigungsgebiete der Bundesländer, die eine Grundvoraussetzung für die Verfahrensvereinfachung sind.

POTENZIALE UNGENUTZT

Das überragende öffentliche Interesse wurde zwar festgeschrieben, allerdings mit Einschränkungen. Die Kleinwasserkraft Österreich lehnt diese entschieden ab. Dadurch können Potenziale vielfach nicht bzw. deutlich schwerer gehoben werden, und es werden sogar ökologisch eher nachteilige Situationen geschaffen. Es wird auch bemängelt, dass der Bund nicht die Möglichkeit nutzt, selbst die Beschleunigungsgebiete auszuweisen, und es Ländersache bleibt. Das Potenzial der Kleinwasserkraft bleibt dadurch voraussichtlich vielfach ungenutzt, obwohl konkrete Vorschläge für die Gebiete vonseiten Kleinwasserkraft Österreichs schon lange vorliegen.

FREISTELLUNG LUFTWÄRMEPUMPE

Luftwärmepumpen sind laut EABG genehmigungsfrei, wenn deren Schallemissionen einen Grenzwert von tagsüber 40 dB und nächtens 22 dB weder an der nachbarschaftlichen Grundstücksgrenze noch am geschützten Fenster überschreiten.

KEINE EUPHORIE

Die beschlossenen Ziele bleiben weiterhin hinter jenem Ausbauniveau zurück, das für eine erfolgreiche Energiewende, mehr Versorgungssicherheit und eine nachhaltige Reduktion fossiler Importabhängigkeiten erforderlich wäre. Österreich verliert seit Jahren wertvolle Zeit. Während die Bedeutung erneuerbarer Energien politisch kaum noch bestritten wird, fehlt es vielerorts nach wie vor an der Bereitschaft, die notwendigen Rahmenbedingungen tatsächlich zu schaffen. Der neue Bund-Länder-Mechanismus wird daher zum Lackmustest des Gesetzes. Das EABG schafft zwar bessere Voraussetzungen als bisher. Ob daraus tatsächlich Beschleunigung entsteht, ist jedoch völlig offen. Entscheidend wird sein, ob Bund und Länder bereit sind, die Buchstaben des Gesetzes mit Leben zu füllen.



Die Beschleunigung der heimischen Energiewende liegt in ihren Händen und kann nur gemeinsam erfolgen. (KI-generiert)

die Holzkessel eine Verdoppelung auf 60.000 Stück nötig“, erklärt Franz Titschenbacher, Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes. Ähnlich sehen es auch die VertreterInnen des Verbandes Wärmepumpe Austria, die von weiteren 60.000 Wärmepumpen sprechen (s. auch S. 14).

„Mir fehlt es in der Politik an der Koordination zwischen den Ministerien und der klaren Kommunikation der Vorteile: Die beste Rendite für Österreich und jeden Haushalt heißt ‚Raus aus Öl und Gas‘. Die Wärmewende ist ein wichtiger Konjunkturmotor, insbesondere wenn Pelletsanlagen eingebaut werden. Jeder Fördereuro ist bereits beim Finanzminister, bevor er ausgegeben wurde. Das haben wir bereits mehrfach nachgewiesen“, erklärt Doris Stiksl, Geschäftsführerin von proPellets Austria.

MEHR TEMPO MIT EABG?

Das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG) soll das Tempo der Energiewende vorantreiben. Grundsätzlich wird der EABG-Beschluss in der Energiebranche nach jahrelangen Diskussionen begrüßt, jedoch wird die Umsetzung sehr zwiespältig gesehen. Es gibt punktuelle Verbesserungen, ob es ein großer Wurf wird, hängt maßgeblich von der Umsetzung der Bundesländer ab und daran wird allgemein gezweifelt.

Das Hauptproblem: Zentraler Bestandteil eines beschleunigten Ausbaus ist die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten durch die Bundesländer. Diese definieren Gebiete mit hoher Eignung und geringen Umweltauswirkungen. In diesen Gebieten gelten spezielle Erleichterun-

(im Entwurf) auf 30 TWh leicht angehoben und erstmals ein Ziel von 5 GW Batteriespeicherkapazität gesetzlich festgelegt. Das Zwischenziel für 2035 sind 40 TWh. Die Wärmeerzeugung mit Geothermie wurde mit 1 TWh definiert. Die Landesregierungen sind mit dem EABG verpflichtet, die festgeschriebenen Ziele zu erreichen (27 TWh). Die durchgeführte Erhöhung von 3 TWh bis 2030 wurde noch nicht auf die Bundesländer aufgeteilt.

Mit dem neuen Bund-Länder-Mechanismus wird erstmals ein Instrument geschaffen, das künftig die Verteilung der Verantwortung auf die Bundesländer gestalten soll. Dabei erhält der Wirtschaftsminister auch eine Verordnungsmächtigung.

Die Landesregierungen haben auch Berichte über die Erreichung der Zielwerte zu erstellen – darunter bis Ende 2027 auch einen Fortschrittsbericht. Ab 2027 ist jährlich eine Zukunftsplanung vorzulegen, die darstellt, mit welchen Erzeugungstechnologien unter Maßgabe der Effizienz die Zielerreichung sichergestellt wird. Wenn die gemeinsame Zielsetzung bzw. die Zielwerte einzelner Bundesländer nicht erreicht werden, hat die Bundesregierung Maßnahmen zu setzen, die eine verpflichtende Erfüllung der Erzeugungsbeitragswerte sicherstellen.

Bis Ende 2029 muss der Wirtschaftsminister die Aufteilung der zusätzlichen Zielwerte verordnen. Ironie am Rande: Im Herbst 2029 sind Nationalratswahlen geplant, und einige Bundesländer haben die im Gesetz festgelegten Ziele bereits erreicht. Die Vorgaben sind daher eher kraftlos.

Zusammenfassend sind erstmals Bundesländerziele verankert, aber es

lich sind, müssen Ausgleichszahlungen für Artenschutzprogramme geleistet werden.

Eine Neuerung des EABG ist auch die Einführung von ‚ordentlichen‘ sowie ‚vereinfachten‘ Verfahren und Anzeigeverfahren (sowie genehmigungsfreie Vorhaben). Im Rahmen des vereinfachten Verfahrens gelten verkürzte Auflagefristen und Einschränkungen der Parteistellung. Maßgebend für die Frage des anzuwendenden Verfahrens ist u. a. die Anlagenleistung, der Flächenverbrauch sowie ob es sich um Neuerrichtung, das Repowering oder Anpassungen an den Stand der Technik handelt. Das Verfahren ist konzentriert im Rahmen eines „One-Stop-Shop“: Es werden alle relevanten bundes- und landesrechtlichen Verwaltungsvorschriften in einem Verfahren abgehandelt.

Ist im Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren eine Interessensabwägung durchzuführen, ist davon auszugehen, dass ein überragendes öffentliches Interesse an der Energieanlage besteht. Ausnahme: Neuerrichtung von Wasserkraftanlagen, die in ökologisch wertvollen Gewässerstrecken mit sehr gutem ökologischen Zustand liegen oder auf einer durchgehenden Länge von mindestens einem Kilometer einen sehr guten hydromorphologischen Zustand aufweisen.

GENEHMIGUNGSFREIHEIT GEBÄUDE-PV

Der Bundesverband Photovoltaic Austria begrüßt die im EABG festgelegte österreichweite Genehmigungsfreiheit für Gebäude-PV, die erstmalige Verankerung eines Speicherziels und

Negative Strompreise ...

... als Signal fehlender Systemintegration

Negative Strompreise treten in Europa zunehmend häufiger auf. Sie entstehen vor allem dann, wenn hohe wetterabhängige Einspeisung, niedrige Nachfrage und begrenzte Flexibilität zusammenfallen. Die zentralen Herausforderungen im Stromsystem verschieben sich. Es reicht nicht aus, erneuerbaren Strom in der Jahresbilanz auszubauen. Entscheidend wird zunehmend, ob Erzeugung, Verbrauch und Flexibilität auch im konkreten Zeitpunkt zusammenpassen. Diese Verschiebung prägt die aktuelle Debatte über negative Preise. Sie betrifft die Preisbildung an der Börse, die Ausgestaltung von Förderinstrumenten und die Frage, welchen Wert planbare Erzeugung in einem erneuerbaren Stromsystem künftig hat.

WIE STROMPREISE ENTSTEHEN

Der Strompreis an der Börse entsteht aus Angebot und Nachfrage. Im Day-Ahead-Markt wird Strom für jede Stunde des Folgetages gehandelt. Die Preisbildung folgt dem Merit-Order-Prinzip: Kraftwerke werden nach ihren kurzfristigen Grenzkosten gereiht, also nach den variablen Kosten, die bei der Erzeugung einer zusätzlichen Megawattstunde entstehen. Dazu zählen vor allem Brennstoffkosten, CO₂-Kosten und variable Betriebskosten.

Windkraft, Photovoltaik und Laufwasserkraft stehen in dieser Reihe weit vorne. Gaskraftwerke sind die kostspieligsten. Das teuerste Kraftwerk, das noch benötigt wird, um die Nachfrage zu decken, setzt den Preis für alle in dieser Stunde gehandelten Strommengen fest. Mit dem Ausbau von Windkraft und Photovoltaik steht

Referenzmarktwert ergibt. Solange die 6-Stunden-Regel (Aussetzen der Marktpremie nach 6 Stunden aufeinanderfolgender negativer Strompreise am Day-Ahead-Markt) nicht greift, kann diese Marktpremie negative Spotmarktpreise wirtschaftlich teilweise oder vollständig ausgleichen.

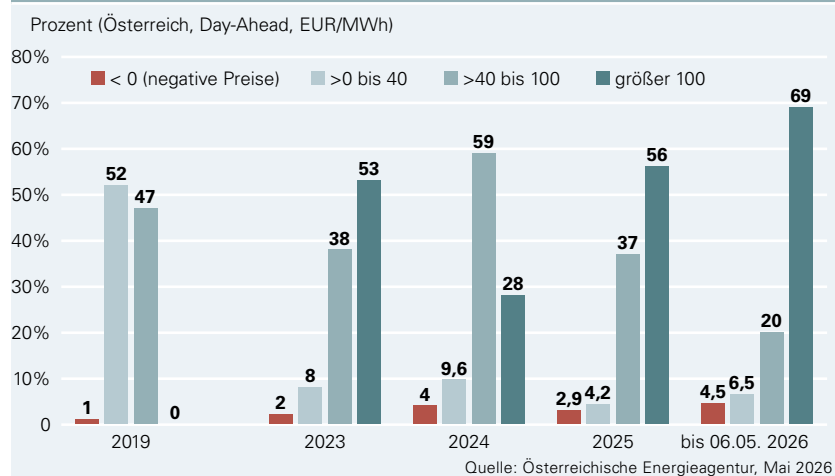
Die Begrenzung von Förderzahlungen bei negativen Preisen folgt einer europäischen Grundlogik. Öffentliche Förderungen sollen Marktpreissignale stärker berücksichtigen und keine dauerhaften Anreize setzen, Strom in Zeiten eines Überangebots einzuspeisen. Die konkrete Ausgestaltung bleibt jedoch national.

Aktuell wird in Österreich eine deutlich schärfere Ausgestaltung diskutiert. Im Raum steht, die Marktpremie bereits bei einzelnen negativen Viertelstundenpreisen auszusetzen. Das wäre keine bloße Umstellung der Zeiteinheit.

Für Anlagenbetreiber hätte eine solche Umstellung zwei Effekte. Einerseits würden mehr Zeitintervalle ohne Marktpremie entstehen. Andererseits kann der Referenzmarktwert steigen, wenn Anlagen negative Preisintervalle vermeiden und dadurch genau jene Produktionsstunden entfallen, die den Marktwert senken würden. Die Folge kann eine geringere Marktpremie je verbleibender erzeugter Einheit sein.

Für Bestandsanlagen ist diese Frage besonders sensibel. Investitionen, Finanzierungen und Förderlaufzeiten wurden auf Basis des bestehenden Regelwerks kalkuliert. Eine rückwirkende Verschärfung würde daher erheblich in bestehende wirtschaftliche Grundlagen eingreifen.

Verteilung der Börsestrompreise nach Preisspanne



in immer mehr Stunden Strom mit niedrigen Grenzkosten zur Verfügung. In Zeiten hoher erneuerbarer Einspeisung und geringer Nachfrage bei begrenzter Flexibilität, kann der Preis unter null fallen.

Diese Entwicklung folgt der Struktur des neuen Stromsystems. Am Day-Ahead-Markt wurden 2024 rund 300 Stunden mit negativen Preisen verzeichnet. Laut E-Control hat sich die Zahl negativer Preisstunden damit gegenüber den Jahren davor mehr als verdoppelt.

Für die Energiewende bedeutet das eine klare Verschiebung. Der Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung bleibt zentral. Gleichzeitig steigt die Bedeutung ihrer zeitlichen Integration. Speicher, Netze, flexible Nachfrage, Direktvermarktung, sektorübergreifende Nutzung und planbare erneuerbare Erzeugung werden zu entscheidenden Bestandteilen eines funktionierenden Stromsystems.

VOM PREISSIGNAL ZUR FÖRDERFRAGE

Im österreichischen Marktpremienmodell verkaufen Anlagen ihren Strom am Markt und erhalten zusätzlich eine Prämie, die sich aus der Differenz zwischen anzulegendem Wert und

DIE STRUKTURELLE URSACHE

Negative Strompreise folgen einem klar erkennbaren Zusammenhang: Das Stromsystem erhält immer mehr wetterabhängige Erzeugung mit niedrigen Grenzkosten, während Flexibilität, Speicher und Nachfrageanpassung langsamer wachsen.

Damit verändert sich die Bedeutung einzelner Technologien. Entscheidend wird zunehmend, wann Strom erzeugt wird und welchen Beitrag eine Anlage zur Deckung der Residuallast (Strombedarf ohne Wind und PV) leistet.

Planbare erneuerbare Anlagen ersetzen keine Speicher und sind nicht automatisch kurzfristige Flexibilitätsressourcen. Sie können aber dort Versorgung leisten, wo wetterabhängige Erzeugung geringe Beiträge liefert.

Für Holzkraftwerke liegt diese Rolle in der gekoppelten Bereitstellung von Strom und Wärme, in der wetterunabhängigen Erzeugung und in der Stabilisierung des Systems außerhalb hoher Wind- und Solareinspeisung.

Der entscheidende Maßstab ist dabei nicht allein die erneuerbare Jahreserzeugung, sondern das Zusammenspiel von Erzeugung, Verbrauch und Flexibilität im konkreten Zeitpunkt.

Michaela Leipold,
IG Holzkraft

Erneuerbare Energie Österreich



Martina Prechtel-Grundnig
Geschäftsführerin

Mit den aktuellen Ankündigungen zum neuen Doppelbudget ist für die Wärmewende in puncto Förderungen nur ein schleppendes Fortkommen zu erwarten. Die finanziellen Anreize für den Heizungstausch werden weiter reduziert. Mit der damit erreichbaren jährlichen Tauschrate wird die Mehrheit der Haushalte noch lange in der Abhängigkeit von Öl- und Gasheizungen festsitzen. Wenn die Regierung ihre Verantwortung ernst nimmt, Österreich gegen fossile Energiekrisen zu wappnen, dann ist es mit dem Budget nicht getan. Sie muss

jetzt weitere Maßnahmen ergreifen, damit die notwendige Kontinuität für den Umstieg auf klimafreundliches Heizen gegeben ist. Wo finanzielle Anreize schwinden und der Ausstieg aus Öl und Gas nur geringfügig weiterkommt, braucht es einen Mix aus Instrumenten. Dazu gehört auch die Verankerung eines klaren Ausstiegspfad. Wir werden dieses Thema auch bei unserem Fachdialog am 30. September aufgreifen.

IG WINDKRAFT Austrian Wind Energy Association



Florian Maringer
Geschäftsführer

Hormus offen. Hormus zu. Wir gewöhnen uns daran, seit Jahren am Gängelband geführt zu werden. Leistbare und sichere Energie ist die Grundlage einer Volkswirtschaft. Und in dieser Frage sitzen wir nicht am Fahrersitz – wir liegen im Kofferraum, im Blindflug. Klug ist das nicht. Denn wir haben die Wahl – und bauen unser Energiesystem bisher nicht so entschlossen um, wie wir könnten. Ein Beispiel? Die Windkraft kann bis 2030 um rund 3.500 MW wachsen und fast ein Drittel des Stromverbrauchs abdecken. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen

würden. Aktuell brems das zu niedrige EAG-Auktionsvolumen massiv. Es basiert auf Annahmen aus dem Jahr 2017! Die laufenden Genehmigungsverfahren sind zu langsam, fertig sind wir so erst gegen 2040. Das liegt nicht an zu wenig Projekten, sondern an politischen Entscheidungen. Auch das neue EABG wird die Verfahren nicht relevant beschleunigen. Da sind sich alle Expertinnen und Experten einig. Und das EAG-Auktionsvolumen ist ein politisch gewählter Deckel. Es ist Zeit, die Bremsen zu lösen!

pro»pellets

Austria



Doris Stikls
Geschäftsführerin

Österreich träumt den Traum der Elektrifizierung. Ob Industrie, Verkehr oder Heizung – Strom soll es richten. Wer aber im Winter auf die nackten Zahlen blickt, erkennt die Schwachstelle dieser Strategie: Gerade wenn die Sonne pausiert und Flüsse träge fließen, schießt der Strombedarf für Wärmepumpen und Co. durch die Decke. Die unbequeme Wahrheit: Dieser Strom kommt dann eben nicht grün und sauber aus der Steckdose, sondern wird teuer importiert oder durch fossiles Gas erzeugt. Die Fixierung auf eine reine Strom-Wende verkennt die Rea-

lität. Wer die Wärmewende erfolgreich gestalten will, darf die Biomasse nicht stiefmütterlich behandeln. Biomasse macht Energie aus dem Sommer im Winter, verfügbar und liefert verlässlich dann, wenn Energie am dringendsten gebraucht wird. Statt also auf Strom aus Gas zu setzen, braucht es eine klare Strategie für den Ausstieg aus fossiler Energie. Bioenergie ist das Fundament der Wärmewende. Ohne sie bleibt es kalt, oder wir heizen mit dunkelgrauem Gas-Strom. Bei jeder Förderstrategie braucht es daher einen klaren Vorrang für Bioenergie.



Thomas Schiffert
Geschäftsführer

Wesentlicher Erfolgsfaktor für das Gelingen der Energiewende ist die ausreichende Anzahl von Fachkräften, welche „die PS auf den Boden bringen“. Dazu benötigt es ausreichend junge Menschen, die sich für das Handwerk entscheiden. Es benötigt innovative Ansätze dafür. Die Kachelofenbranche hat sich schon vor einiger Zeit dazu entschlossen, neben dem Lehrberuf des Hafners das neue Berufsbild des Ofenbau- und Verlegetechnikers zu schaffen. Diese neue Lehre bildet sowohl im Ofenbau als auch im Fliesenlegen aus, eine Kom-

bination, die in vielen Betrieben gelebt wird. Erste Erfolge zeigen sich bereits, und es werden immer mehr Lehrlinge in diesem neuen Lehrberuf ausgebildet. Besonders eindringlich wird die hervorragende duale Ausbildung dadurch sichtbar, dass Österreich heuer bei der Europameisterschaft im Kachelofenbau wieder mit der Goldmedaille glänzen konnte. Viele Maßnahmen sind zum Gelingen der Energiewende erforderlich, die Kachelofenbranche leistet ihren Beitrag dazu.



Gerhard Uttenthaler
Sprecher

Nah- und Fernwärmeanlagen haben sich zum Rückgrat der Energiewende entwickelt. Der fossile Energieträgeranteil beträgt immer noch etwa 50 %, der ehestmöglich substituiert werden sollte, um dem Klimawandel – so gut es noch geht – entgegenzuwirken. Darüber hinaus sind aktuell nach wie vor die negativen Auswirkungen der Importabhängigkeit von fossilen Brennstoffen klar erkennbar. Diese unnötige Abhängigkeit sollte schleunigst unter anderem durch den Ausbau der Bioenergie auf 30 bis 50 % des Bruttoinlandsverbrauchs massiv

reduziert werden. Da aufgrund der budgetären Lage des Bundes eine Reduktion der für den Nah- und Fernwärmebereich relevanten Anschlussförderungen ansteht, ist es umso wichtiger, den für die Umsetzung in diesem Bereich erforderlichen zeitlichen Rahmen zu optimieren, um so viel wie möglich an fossilen Brennstoffen verbindlich durch nachhaltige, im Lande produzierte Biowärme ersetzen zu können.



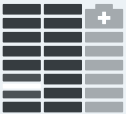
ÖSTERREICHISCHER
BIOMASSE-VERBAND



Franz Titschenbacher
Präsident

Die Bioenergie hat das klimaschädliche Erdgas erstmals überholt und ist nach Erdöl Österreichs zweitwichtigster Energieträger. Die energetische Nutzung von Biomasse ist mit einem Anteil von etwa 50 % an den Erneuerbaren ein unverzichtbarer Bestandteil einer sicheren, nachhaltigen und klimafreundlichen Energieversorgung. Der Plan der Regierung, nur 30.000 Kesseltausche zu fördern, wird nicht ausreichen, um die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen bis 2040 zu erreichen. Dafür wären doppelt so viele Wechsel allein zu Holzheizungen

nötig. Dennoch setzt Bundesminister Norbert Totschnig ein wichtiges Signal, dass es weiterhin verlässliche und stabile Förderungen für den Umstieg von Öl- und Gasheizungen geben wird. Holzheizungen helfen Haushalten, viel bares Geld zu sparen, reduzieren gegenüber Ölheizungen den CO₂-Ausstoß um mehr als 95 % und sind ein Boost für unsere Wirtschaft. Förderungen für den Heizungstausch rentieren sich also gleich mehrfach und sind das beste Investment in eine nachhaltige Zukunft.



PHOTOVOLTAIK
AUSTRIA



Vera Immitzer
Geschäftsführerin

„Nicht immer nur jammern, auch mal das Positive sehen!“ – das höre ich oft. Recht haben Sie. Deshalb widme ich diesen Kommentar einem Lichtblick der PV-Branche.

Standard-PV auf dem Satteldach ist solides Handwerk. Aber ehrlich: Die Zukunft der PV ist noch faszinierender als Ware von der Stange. Sie ist auf Fassaden, verschmilzt mit Lärm- oder Schattenschutz oder steigert als Agri-PV den Ertrag am Feld. PV schafft echten Mehrwert durch Doppelnutzung – und genau das müssen wir noch mehr machen. Genau des-

halb gibt es zum fünften Mal den Österreichischen Photovoltaik-Innovationsaward. Vergessen wir ausnahmsweise den reinen Fokus auf Spitzenleistung, denn hier zählen Ästhetik, clevere Gesamtkonzepte und echte Innovation. Gesucht werden realisierte Projekte oder Konzepte mit Österreich-Bezug. Den GewinnerInnen winkt nicht nur ein Preisgeld, sondern die Teilnahme in der Champions League. Ja, ich jammere trotzdem kurz, weil wir noch mehr von diesen Projekten brauchen.



Kleinwasserkraft
Österreich



Paul Ablinger
Geschäftsführer

Während immer neue Hitzerekorde geknackt werden, diskutieren wir in Österreich weiterhin, ob der Nachweis ausreicht, dass ein Fisch mit einer Länge von 59 cm eine Fischwanderhilfe (FWH) passiert hat oder ob man das gesamte Bauwerk lieber abreißt – laut Leitfaden müssen ja Fische mit 60 cm Länge durchkommen. Dass Fische dieser Größe im Gewässer nicht vorkommen? Egal. Dass man die Arbeitsgruppe – über deren ausgewogene Besetzung man ebenfalls diskutieren sollte –, die den Auftrag hat, einen Leitfaden zum Monitoring von FWH zu

erarbeiten, der auch für oben geschilderten Fall Funktionsnachweise ermöglichen soll, nach fast zwei Jahren noch immer nicht zu einem Abschluss bringt, jedenfalls keinen, der auf Empirie, statistischen Daten und Praxisnähe beruht, passt da gut ins Bild. Ein Bild, in dem mittels starrer Vorgaben und Prüfungen auf Bundesland-Ebene die eigentlich vorgesehene Prüfung der Verhältnismäßigkeit für den Einzelfall ausgehebelt wird. Für viele Kraftwerke ist das existenzbedrohend. Ohne substanziellen ökologischen Mehrwert – oft ganz im Gegenteil.



kompost
& biogas
verband



Franz Kirchmeyr
Fachbereichsleiter Biogas

Der Umbau unseres Energiesystems bringt naturgemäß höhere Schwankungen in Erzeugung und Bedarf von Strom. Diese Schwankungen werden bei den Börsenpreisen sichtbar: Stundenweise sehr hohe bzw. sehr niedrige Strompreise sind das Ergebnis. Eine stärkere Regulierung wird das Problem verstärken, das Stromnetz an die physikalischen Grenzen bringen und das Gesamtsystem verteuern. Es ist angebracht, die Marktchancen zu nutzen. So können Biogasanlagen ihre Produktion flexibilisieren und genau in Zeiten von niedriger Nachfrage

die Produktion drosseln und in Zeiten hoher Nachfrage steigern. Biogasanlagen leisten damit einen Beitrag zur Abschwächung dieser Schwankungen. Dennoch wurden Änderungsvorschläge seit über 10 Jahren nicht berücksichtigt. Im EAG wird eine flexible Stromproduktion eher verhindert, als sie zu unterstützen. Zudem braucht es flexible Netzzugänge, um die tages- und wochenzeitlichen Schwankungen auszugleichen, ohne das Stromnetz zusätzlich zu belasten.



IG
HOLZ
KRAFT



Hans-Christian Kirchmeier
Vorsitzender

Mit der Regierungsbildung 2025 wurde das Klimaschutzministerium aufgeteilt. Energie wanderte ins Wirtschaftsministerium (BMWET), Klima und Umwelt ins Landwirtschaftsministerium (BMLUK). Seither wird quasi Fußball gespielt. Zwei Mannschaften auf demselben Platz, beide mit Anspruch auf denselben Ball. Wer ihn kontrolliert, bestimmt das Tempo. Wer ihn abgibt, verliert Einfluss. Also wird gehalten, gedribbelt, angetäuscht und abgeschirmt. Weitergegeben wird der Ball erst, wenn ihn niemand mehr haben will. Österreich spielt gegen Ös-

terreich. Das Ziel ist bekannt: mehr heimische Energie, Versorgungssicherheit, Wertschöpfung, Investitionen, schnellere Genehmigungen und weniger Bürokratie. Doch solange Kontrolle wichtiger bleibt als Richtung, läuft der Ball von Haus zu Haus, von Zuständigkeit zu Zuständigkeit. Bewegung gibt es genug. Tore schießt man so aber keine. Wer die Transformation gewinnen will, braucht Teamgeist, klare Zuständigkeiten und den Mut, Verantwortung zu übernehmen. Die Strategie ist klar, der Wille fehlt. Und Tore fallen selten in der Verlängerung.

G'SCHEIT HOLZ!

Der Klimaschutz-Podcast.
Mit viel nachwachsender Energie.

Jetzt neue Folge online:


Folge #26
Waldumbau,
Klimaschutz und
Energiewende

Moderation
Mag. Andreas Jäger

Gäste
Silvio Schüller
Leiter des Instituts für
Waldwachstum, Waldbau
und Genetik am BFW

Matthias Granitzer
Obmann des Kärntner
und österreichischen
Waldverbandes



Beschlossen: Industriestrompaket und Energiepreiskrisenmechanismus

Die Bundesregierung setzte zwei Maßnahmen im Strombereich um: Mit dem Industriestrompaket werden energieintensive Betriebe entlastet, und mit dem Energiepreiskrisenmechanismus Strom soll ein Schutzschirm Haushalte und Unternehmen bei Strompreisspitzen entlasten.

STROMPREIS-SCHUTZSCHIRM

Der Energiepreiskrisenmechanismus soll zum Tragen kommen, wenn der Strom-Großhandelspreis über 165 Euro/MWh sowie der Endkundenpreis über 16,5 Cent/kWh liegt – und dies über drei Monate hinweg. Die monatliche Prüfung der Parameter wird von der E-Control durchgeführt. Wenn die Krise abklingt, ist ein dreimonatiger Nachlauf vorgesehen, damit Haushalte und Betriebe nicht abrupt wieder voll belastet werden. Der Mechanismus sieht vor, dass für Haushalte ein gestützter Strompreis von 10 Cent/kWh netto für ein definiertes Grundkontingent gilt. Oberhalb des noch zu definierenden Kontingents (2.900 kWh angedacht) gilt weiter der Marktpreis, damit der Sparanreiz erhalten bleibt. Für Unternehmen (KMU) wird es einen einheitlichen Zuschuss pro Kilowattstunde geben. Die Entlastung erfolgt direkt über die Stromrechnung.

NEUER INDUSTRIESTROMPREIS

Das Industriestrompaket bündelt ab 2027 zwei Maßnahmen: die Weiterentwicklung des Standortabsicherungsgesetzes und den neuen Industriestrompreis. Dafür sind insgesamt 250 Mio. Euro pro Jahr für den Zeitraum 2027 bis 2029 vorgesehen.

Das Standortabsicherungsgesetz (SAG) soll indirekte CO₂-Kosten ausgleichen, die energieintensive Unternehmen über den Strompreis tragen. Mit 2027 soll der Kreis der begünstigten Betriebe deutlich erweitert werden – künftig sollen rund 120 Unternehmen davon profitieren (bisläng rund 60).

Der neue Industriestrompreis richtet sich an besonders stromintensive Unternehmen und Prozesse, die nicht oder nicht ausreichend vom Standortabsicherungsgesetz profitieren können. Kernpunkte des Industriestrompakets:

- Wirkung für rund 400 Unternehmen
- förderfähig: maximal 50 % des Jahresstromverbrauchs für energieintensive Prozesse
- Förderung bis zu 50 % des Großhandelsstrompreises
- Preisuntergrenze: 5 Cent/kWh
- maximale Wirkung: bis zu 25 % Entlastung auf die gesamten Stromkosten energieintensiver Prozesse
- Auszahlung jährlich rückwirkend
- Reinvestition eines Teils der Förderung in Effizienz, Dekarbonisierung oder Elektrifizierung

Gaswirtschaft setzt auf Biomethan und Wasserstoff

Politische Rahmenbedingungen fehlen weiterhin für Hochlauf – EGG-Beschluss scheitert an der Finanzierungsfrage

Beim Zukunftsforum Grüngas drehte sich alles um Biomethan und Wasserstoff samt rechtlichen Rahmenbedingungen.



Die Gaswirtschaft ist bereit, die Energiewende mit Biomethan und Wasserstoff voranzutreiben. Damit Österreich seine Klimaziele erreichen und gleichzeitig Versorgungssicherheit gewährleisten kann, braucht es jetzt die entsprechenden politischen und regulatorischen Entscheidungen – insbesondere das lang erwartete Erneuerbares-Gas-Gesetz (EGG). Ein Finanzierungsmodell sowie die Technologien sind vorhanden, und es gibt keinen besseren und so großen Energiespeicher als die vorhandene Gas-Infrastruktur. Dies erfuhr man auf dem heurigen Zukunftsforum Grüngas in Wien.

FINANZIERUNG ALS KEIL

Die Energieversorgung Österreichs muss schrittweise von fossilem Erdgas auf erneuerbare Gase wie Biomethan und Wasserstoff umgestellt werden. Elisabeth Zehetner, Staatssekretärin für Energie: „Grüne Gase wie Wasserstoff oder Biomethan werden in einem klimaneutralen Energiesystem eine zentrale Rolle spielen, aber dort, wo sie wirklich gebraucht werden: in der Industrie, bei Hochtemperaturprozessen, in Gaskraftwerken und bei der saisonalen Speicherung. Bio-

methan ist dabei ein besonders wichtiger Baustein, weil die Technologie verfügbar ist, bestehende Infrastruktur genutzt werden kann und regionale Wertschöpfung entsteht. Wasserstoff wiederum wird langfristig vor allem für industrielle Anwendungen und als strategischer Energieträger entscheidend sein. Damit aus Potenzial Realität wird, braucht es jetzt verlässliche Rahmenbedingungen, planbare Erlöse und konkrete Projekte. Genau hier setzen wir mit dem Erneuerbare-Gase-Gesetz, dem Wasserstoffförderungsgesetz, dem neuen Gaswirtschaftsgesetz und der Transformation der Industrie an. Unser Ziel ist klar: Wir wollen bis 2030 die Biomethanproduktion ankurbeln, den Hochlauf von erneuerbarem Wasserstoff vorantreiben und gleichzeitig jene Betriebe unterstützen, die bei der Dekarbonisierung vor den größten Herausforderungen stehen. Denn Klimaneutralität gelingt nur, wenn wir Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und industrielle Stärke zusammendenken“, so Energie-Staatssekretärin Zehetner. „Die Potenziale sind da, der Ausbau-Wunsch ist da, jedoch ist Biomethan einfach teurer als Erdgas. Der große Diskussionspunkt beim EGG ist die Frage, wer soll das Hochfahren der

Biogasbranche bezahlen? Die Gas- und/oder die Stromkunden oder sonst jemand? Daran speißt es sich noch immer beim EGG.“

BIOMETHAN: EGG ALS GRUNDLAGE

Bei Biomethan fordern die Gasversorger die rasche Umsetzung des EGGs. Der aktuelle Gesetzesentwurf sieht den Ausbau von Biomethan auf eine Terawattstunde vor und soll Investitionssicherheit für neue Projekte schaffen. Welche volkswirtschaftlichen Potenziale im Ausbau von Biomethan liegen, zeigt eine aktuelle Studie der Servicestelle Erneuerbare Gase (SEG): Demnach könnte der Ausbau der heimischen Biomethan-Produktion mehr als 1,2 Mrd. Euro zusätzliche Bruttowertschöpfung generieren und tausende Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig entstehen erhebliche Steuer- und Abgabeneinnahmen für die öffentliche Hand. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine Studie des Energieinstituts der Johannes-Kepler-Universität in Linz im Auftrag des Fachverbands Gas Wärme (FGW), wonach ein Großteil der Wertschöpfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette in Österreich bleibt.

WASSERSTOFF: INFRASTRUKTUR UND FINANZIERUNG ABSICHERN

Während beim Biomethan vor allem die Produktion im Fokus steht, geht es bei der Gewinnung von Wasserstoff um den Aufbau eines neuen Energiesystems: Die Gaswirtschaft fordert dafür rasche Entscheidungen und die Schaffung klarer Rahmenbedingungen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Im Fokus steht dabei der Aufbau der H₂-Infrastruktur und deren Finanzierung. Wasserstoff wird insbesondere als Energieträger für die Industrie sowie zur Absicherung des Energiesystems während sogenannter

Dunkelflauten eine wichtige Rolle spielen. In der Gasbranche geht man davon aus, dass rund 1.400 km Gasleitungen wasserstofftüchtig gemacht werden müssen. Um Wasserstoff in den Markt zu bringen, wären bis zu 4 Mrd. Euro nötig. Im Augenblick sind H₂-Preise von 150 Euro/MWh möglich. Auf den Spotmärkten muss aber von 250 Euro/MWh ausgegangen werden. Im Vergleich dazu kostet Erdgas in Europa rund 48 Euro/MWh, was im internationalen Vergleich auch sehr teuer ist.

RISIKOFAKTOR TRUMP

Österreich war ein Gastransitland – von Ost nach West. Nunmehr wird das Gas (LNG) aus Deutschland und Frankreich sowie teilweise aus Italien importiert. Durch die Schließung der Straße von Hormus ist neben Russland nunmehr eine weitere wichtige Lieferregion ausgefallen. Eingesprungen sind die USA. 58 % des in die EU importierten LNGs stammt aus Amerika und 15 % des Öls. Die Lager in den USA leeren sich, und die Preise sind in den USA auch deutlich gestiegen, was dem US-Präsidenten Donald Trump vor den Midterm-Wahlen sicherlich Kopfzerbrechen bereitet. „Die große Frage ist, was machen wir in Europa, wenn Trump kein LNG mehr liefern möchte?“, stellte Energieexperte Johannes Benigni die Frage in den Raum, auf die er keine Antwort bekam. „Wir machen im Augenblick keine Energiewende wegen des Klimawandels, sondern wegen der Versorgungssicherheit.“

BATTERIEN WERDEN BILLIGER ALS GAS- UND NETZAUSBAU

Als Keynote-Speaker wurde Gernot Wagner, Klimaökonom an der Columbia Business School, geladen, dessen Ausführungen bei einigen Vertretern in der Gasbranche nicht goutiert wurden. „Nicht einmal Trump kann die

Dekarbonisierung aufhalten, sondern maximal verzögern. Warum? Die erneuerbaren sind mittlerweile billiger als die fossilen Energieträger, und die Systemintegration wird auch immer günstiger, aufgrund rapide fallender Batteriepreise. Dieser hat sich in den vergangenen 14 Monaten halbiert. Alle Prognosemodelle gehen von 80 % Erneuerbare bis 2050 aus. Die Zukunft gehört vordergründig ihnen samt Batterien. Das Motto heißt Batterie statt Gaskraftwerke. Oder glauben Sie, man könne die Gas- und Stromnetze genauso schnell und billig ausbauen?“, so Wagner. „60 % des weltweiten Erdöls werden in der Mobilität verbraucht. 50 % davon könnten kurzfristig auf E-Mobilität umgestellt werden. Biofuels werden natürlich auch eine Rolle spielen, genauso wie Biomethan. Klar ist aber, dass die vorhandene Gasinfrastruktur in Zukunft nicht gebraucht wird.“

POLITIK ENTÄUSCHEND

Alle Energiesprecher der Parlamentsparteien trafen zur Podiumsdiskussion zusammen, jedoch konnte nichts Neues in Erfahrung gebracht werden. Die bekannten Schlagwörter standen am Programm: Budgetdefizit; Technologieoffenheit; EGG wurde Opposition noch nicht vorgelegt; Soziale Energiewende; Fakten statt Ideologie; EGG-Beschluss ungewiss. Die einzige Gewissheit: Man braucht eine Zwei-Drittel-Mehrheit für einen Beschluss. Da sah sich der neue ÖVP-Energiesprecher Laurenz Pöttinger als Schmiedemeister zwischen (Lukas) Hammer (Die Grünen) und (Paul) Hammerl (FPÖ).

Einen Appell an die Politiker richtete Hannes Hauptmann, Obmann des Biogasverbandes, man möge sich für Österreich zusammenraufen und endlich eine zukunftssträchtige Lösung mittels des EGGs umsetzen. *AUFU*

100 % erneuerbare Kraftstoffe ab 2040 möglich

Unterschätzte Chance für unabhängige, europäische Mobilität – Eine notwendige Ergänzung der E-Mobilität

Europa steht vor der Aufgabe, Mobilität schnell und wirksam zu dekarbonisieren – und zugleich Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und Wahlfreiheit zu sichern. Reststoffbasierte, nicht fossile Kraftstoffe eröffnen hier eine kurzfristig schnelle und wirksame Chance: Sie können die CO₂-Emissionen der Bestandsflotte und von Neuwagen senken, bestehende industrielle Strukturen in der EU stärken und Abhängigkeiten reduzieren. Eine neue Studie zeigt, dass 2030 bereits 38 bis 55 % des Kraftstoffbedarfs mit Erneuerbaren gedeckt werden könnten. Bis 2040 sind, abhängig von den unternommenen Anstrengungen, 67 bis 106 % möglich.

MOTOREN AUS UND FÜR EUROPA

In den vergangenen Jahren hat das BMW Group Werk Steyr jährlich rund 1,2 Mio. Verbrennungsmotoren für die globale Kundennachfrage produziert. Klar ist: Der Verbrennungsmotor sorgt aktuell für signifikante Wertschöpfung in der EU, getragen durch starke Zuliefernetzwerke und hochqualifizierte Beschäftigte. „Die Antriebs- und Fahrzeugproduktion ist ein industrielles Rückgrat in Europa. Nicht-fossile, reststoffbasierte Kraftstoffe unterstützen die europäische Wertschöpfung und reduzieren, neben E-Fahrzeugen, zu-

sätzlich die CO₂-Emissionen – bei Neufahrzeugen und in der Bestandsflotte“, sagt Werksleiter Harald Gottsche.

EU-KURS REDUZIERT SPIELRAUM

Die EU verfolgt als klaren Pfad die Elektrifizierung des Individualverkehrs. Auch der im Dezember präsentierte, überarbeitete Plan sieht vor, dass bis 2035 bei 90 % der neuzugelassenen Pkw kein CO₂ im Betrieb entsteht – gemessen rein am Auspuff („Tailpipe-Ansatz“). Für erneuerbare Kraftstoffe sind derzeit lediglich 3 % Anrechenbarkeit in der Neuwagenflotte vorgesehen. „Der Tailpipe-Ansatz greift zu kurz, da er die Verfügbarkeit und Nachhaltigkeit des Energieträgers ignoriert. Strom ist nicht automatisch CO₂-neutral. Gleichzeitig zeigen Daten, dass erneuerbare Kraftstoffe ein substanzielles Potenzial haben, das wir nutzen sollten“, betont Gottsche. „Ein Großteil der Bestandsflotte wird aber auch noch 2035 auf der Verbrennertechnologie basieren. Diesen Kundinnen und Kunden muss eine erneuerbare Alternative geboten werden. Es steht außer Zweifel, dass E-Fahrzeuge die Energie am effizientesten Nutzen und dass auf diese Technologie auch gesetzt werden soll. Aber wir brauchen eine sachliche und keine ideologische Diskussion. Deshalb wird die Verbrennertechnologie mit erneuer-

baren Kraftstoffen die E-Mobilität ergänzen. Hinzu kommt, dass die E-Mobilität zurzeit größtenteils von China – auch aufgrund der dort vorhandenen Ressourcen – abhängt. Dadurch begeben wir uns wieder in eine weitere Abhängigkeit. Europa hingegen ist der Weltmarktführer bei der Verbrennertechnologie.“

RESTSTOFFE ALS RESSOURCE

Die genannte Studie untersucht ausschließlich Reststoffe, die nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen. Aus diesen Ressourcen ließen sich Diesel- und Benzin-Ersatz-Kraftstoffe wie etwa HVO100 herstellen. Die Studienautorinnen und -autoren sehen die größte Herausforderung in der Nutzbarmachung dieser über Europa verteilten Ressourcen. „Die Ergebnisse widerlegen die Annahme, dass es immer zu wenig erneuerbare Kraftstoffe geben werde. Jetzt geht es darum, aus Potenzialen Realität zu machen – mit kluger Regulierung und industriellem Hochlauf“, so Gottsche. „Mit einem stärkeren energiepolitischen Fokus auf biomassebasierte Kraftstoffe können gleich mehrere Synergien gehoben werden. Es gibt Lösungen für all jene Bereiche, die kaum oder nur mit sehr hohem Aufwand elektrifiziert werden können. Das spart finanzielle Ressour-

cen und erhöht die allgemeine Akzeptanz der Energiewende. Gleichzeitig bieten diese Technologien regionale Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und langfristig stabile Absatzmärkte für Biomasse, die bei der Waldpflege, Holzern, -verarbeitung, dem Recycling oder in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten anfällt. Wichtig ist es, die Bioenergie in allen Bereichen – Wärme, Strom und Kraftstoffe – weiterzuentwickeln. Die kürzlich präsentierte Biomassestrategie der Österreichischen Energieagentur zeigt, dass ausreichend

Biomasse zur Verfügung steht und die nachhaltig verfügbaren Potenziale nicht ausgeschöpft werden“, sagt Christoph Pfemeter, Geschäftsführer des Österreichischen Biomasse-Verbandes.

APPEL AN DIE EU

Damit dieses Potenzial gehoben werden kann, braucht es eine Anpassung der legislativen Rahmenbedingungen. Dazu Alexander Bamberger, Geschäftsführer BMW Austria: „Die EU sollte CO₂-reduzierte Mobilität grundsätzlich anerkennen – unabhängig davon, ob sie in einem strombetriebenen Fahrzeug oder in einem Pkw mit erneuerbaren Kraftstoffen erreicht wird, um auch Investitionsanreize zu schaffen und den industriellen Hochlauf reststoffbasierter Kraftstoffe zu ermöglichen.“



v. li.: Christoph Pfemeter, Geschäftsführer (GF) ÖBMV, Philipp Käufer, pol. Kommunikation BMW, Harald Gottsche, GF BMW Motoren, Alexander Bamberger, GF BMW Austria, Olaf Toedter, Leiter neue Technologien und Zündsysteme KIT, Lars Menger, Experte Fuels – Entwicklung bei BMW



Heimische Biomethan-Produktion sorgt für Versorgungssicherheit und vor allem für massive heimische Wertschöpfung.

Studie: Biomethan schafft Milliardenwertschöpfung

Eine neue Studie zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Biomethanproduktion in Österreich zeigt eindrucksvoll: Der Ausbau heimischer Biomethanproduktion aus organischen Abfällen, Nebenprodukten der Industrie und Reststoffen der Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur ein zentraler Baustein für Energieunabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz, sondern auch ein massiver wirtschaftlicher Impuls für Österreichs Wirtschaft.

99% VERBLEIBEN IM INLAND

Die von der Servicestelle Erneuerbare Gase im Auftrag des Wirtschaftsministeriums durchgeführte Analyse zeigt, dass der Ausbau von je 1 TWh zusätzlicher Biomethankapazität Investitionen von durchschnittlich rund 560 Mio. Euro auslöst. Daraus entstehen durchschnittlich rund 390 Mio. Euro an heimischer Bruttowertschöpfung sowie dauerhaft etwa 3.200 Vollzeit-Arbeitsplätze. Besonders bemerkenswert ist dabei die hohe regionale Wertschöpfung: Rund 99 % der wirtschaftlichen Effekte verbleiben im Inland – ein deutlicher Unterschied zu fossilem Erdgas, für das jährlich enorme Geldmengen ins Ausland abfließen.

Auch im laufenden Betrieb zeigt Biomethan enorme wirtschaftliche Effekte: Pro zusätzlicher TWh Biomethan entstehen jährlich rund 160 Mio. Euro an heimischer Bruttowertschöpfung sowie dauerhaft etwa 3.200 Vollzeit-Arbeitsplätze. Besonders bemerkenswert ist dabei die hohe regionale Wertschöpfung: Rund 99 % der wirtschaftlichen Effekte verbleiben im Inland – ein deutlicher Unterschied zu fossilem Erdgas, für das jährlich enorme Geldmengen ins Ausland abfließen.

WIN-WIN-SITUATION

Die Studie unterstreicht zudem die fiskalischen Vorteile des Biomethan-Ausbaus. Allein aus der Investitionsphase fließen durchschnittlich rund 140 Mio.

Euro an Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand zurück. Im laufenden Betrieb kommen jährlich weitere rund 55 Mio. Euro je TWh hinzu.

Derzeit wird in Österreich nur ein Bruchteil des vorhandenen Biomethanpotenzials genutzt. Gleichzeitig ist die Abhängigkeit von fossilen Gasimporten weiterhin enorm und dadurch versickern jährlich 3 bis 5 Mrd. Euro unwiederbringlich im Ausland. Angesichts der neuen Studienergebnisse wäre eine rasche Beschlussfassung des Erneuerbaren-Gas-Gesetzes daher eine klare Win-win-Situation für Österreich.

„Die Studie zeigt klar: Durch heimische Biomethan-Produktion sorgen wir nicht nur für Energieunabhängigkeit und Versorgungssicherheit und leisten einen wertvollen Beitrag zu Klimaschutz und regionaler Kreislaufwirtschaft, sondern realisieren insbesondere auch massiv heimische Wertschöpfung, statt Geld für fossile Importe ans Ausland zu verlieren. Jeder Euro, der in heimisches Biomethan investiert wird, ist also eine Investition in unser Land, die sich in vielerlei Hinsicht auszahlt. Aber nur mit verlässlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen kann das enorme Potenzial von Biomethan gehoben und Investitionssicherheit geschaffen werden. Wenn es Österreich mit dem angestrebten wirtschaftlichen Aufschwung wirklich ernst ist, müssen die vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale, wie eben durch Ankurbelung der heimischen Biomethan-Produktion, endlich genutzt werden – daher bedarf es einer raschen Beschlussfassung des Erneuerbaren-Gas-Gesetzes“, so Johannes Hauptmann, Biogas-Obmann des Kompost & Biogas Verbandes Österreich (KBVÖ).

Studie unter folgendem Link:
www.erneuerbaresgas.at/effekte_biomethan

Eine neue starke Stimme ...

15 PionierInnen aus ganz Österreich engagieren sich ehrenamtlich für die Interessen der heimischen Energiegemeinschaften und gründen die „Interessengemeinschaft Gemeinsame Energienutzung“ – kurz IGGE. Am 24. September wird ein Gründungskonvent in Salzburg veranstaltet, und die Staffelübergabe zum 1. Vereinsvorstand der IGGE vollzogen. Dabei werden die neuen Vereinsstatuten und der erste Vorstand gewählt, kündigten vier Gründungsmitglieder im Rahmen einer Pressekonferenz an.

Mittlerweile bestehen in Österreich über 10.000 Energiegemeinschaften (EEGs) mit bis zu 500.000 TeilnehmerInnen. Diese beeindruckende Zahl wurde dank staatlicher Vergünstigungen (wie keine Elektrizitätsabgabe, Reduktion der Netzentgelte und kein Erneuerbaren-Beitrag – in Summe rund 6 Cent/kWh) innerhalb von fünf Jahren erreicht – Tendenz weiterhin

stark steigend. Die Gründungsmitglieder sind davon überzeugt, dass die EEGs eine Mitsprache bei der Gestaltung der Marktregeln der E-Wirtschaft brauchen. Die IGGE soll diese starke Stimme für die EEGs in Österreich werden. Man will Interessen vertreten, Mitglieder vernetzen und den Erfahrungsaustausch fördern und eben die Marktregeln mitgestalten.



v.l.: Christian Hofmann, Stefano Coss, Karin Mairitsch, Heribert Strasser

Negativemissionen

Von der CO₂-Entnahme zur belastbaren Klimabilanz

Österreich will bis 2040 klimaneutral werden. Der Blick auf die Bilanz zeigt, was dieses Ziel in der Umsetzung bedeutet: Auch bei konsequenter Defossilisierung bleiben Restemissionen bestehen. Die Carbon Management Strategie des Bundes rechnet allein für fossile und geogene Industrieemissionen je nach Szenario mit 4,4 bis 12,1 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr. Hinzu kommen rund 5 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent aus Hard-to-abate-Bereichen (schwer defossilisierbar) außerhalb der Industrie, darunter Landwirtschaft, fluoridierte Treibhausgase und Abfallwirtschaft ohne Verbrennung. Je nach Entwicklung natürlicher Senken im LULUCF-Sektor ergibt sich daraus für Österreich ein technischer Senkenbedarf von 1,7 bis 6,3 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr. Welche Senkenpfade künftig belastbar anerkannt, bilanziert und in der Praxis umgesetzt werden können, wird für Energiepolitik und Standortentwicklung zunehmend konkret.

VON DER ENTNAHME ZUR SENKE

Carbon Dioxide Removal beschreibt Verfahren, die atmosphärisches CO₂ gezielt entnehmen und langfristig binden. Für eine belastbare Klimaneutralitätsbilanz zählt dabei der gesamte Speicherpfad. Rohstoffbasis, Prozessführung, Energieeinsatz, Nutzung, Speicherstabilität und unabhängige Verifikation entscheiden, ob aus gebundenem Kohlenstoff eine belastbare negative Emission wird.

Heute stammen CO₂-Entnahmen mengenmäßig vor allem aus konventionellen landbasierten Senken wie Wald, Böden und Landnutzung. Neue dauerhafte Entnahmeverfahren stehen demgegenüber erst am Beginn ihrer praktischen Entwicklung: im Jahr 2023 kamen sie zusammen auf rund 1,35 Mio. Tonnen CO₂, Biochar stellte

dabei mit etwa 0,79 Mio. Tonnen den größten Anteil. Parallel entstehen erste Projekte, die biogenes CO₂ mittels BECCS (Bioenergy Carbon Capture and Storage) oder BECCU (Bioenergy Carbon Capture and Use) langfristig geologisch speichern oder industriell nutzen.

Die praktische Umsetzung dauerhafter Entnahmen bleibt jedoch deutlich hinter jener Rolle zurück, die ihnen in Klimaneutralitätsszenarien bereits zugeschrieben wird. Szenarien, die mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens vereinbar sind, rechnen weltweit für 2050 mit 7 bis 9 Mrd. Tonnen CO₂-Entnahme pro Jahr. Dauerhafte Entnahmen werden damit bereits als relevanter Bestandteil künftiger Klimaneutralitätsbilanzen geführt, während die dafür notwendigen Strukturen erst im Aufbau sind.

PFLANZENKOHLE ALS SPEICHER

Pflanzenkohle entsteht durch Pyrolyse biogener Ausgangsstoffe. Dabei wird ein Teil des zuvor atmosphärisch gebundenen Kohlenstoffs in eine stabilere Form überführt. In Böden, Baustoffen oder anderen langlebigen Anwendungen kann daraus ein Speicherpfad für biogenen Kohlenstoff entstehen und gleichzeitig Bioenergie genutzt werden.

Für Österreich ist Biochar fachlich relevant, weil die Technologie an vorhandene biogene Wertschöpfungsketten anschließt und Reststoffe in langfristige Speicherpfade überführen kann. Besonders naheliegend sind Schnittstellen zu regionalen Biomasseketten, thermischen Anlagen, Kompostierung sowie Anwendungen in Landwirtschaft und Bauwesen. Gerade das Bauwesen ist dabei ein wichtiger Hebel: Es verbindet große Materialströme, lange Nutzungsdauern und wirtschaftliche Skalierbarkeit. Wenn Pflanzenkohle in geeigneten Baustoffen eingesetzt wird, entsteht

ein Speicherpfad mit industrieller Anschlussfähigkeit.

Die Relevanz von Biochar liegt in der Verbindung von Senkenwirkung, Stoffstrommanagement, Wärmeintegration und regionaler Wertschöpfung. Wie belastbar diese Senkenwirkung in der Praxis ist, hängt von Rohstoffbasis, Prozessführung und Anwendungspfad ab.

RECHTSRAHMEN HINKT

In Österreich entsteht der Rechtsrahmen für Negativemissionen derzeit Schritt für Schritt. Geologische CO₂-Speicherung ist im Bundesgebiet seit 2011 untersagt. Eine Öffnung für schwer vermeidbare Emissionen in Hard-to-abate-Sektoren wurde 2024 politisch beschlossen und wird legislativ vorbereitet. Für biogene Kohlenstoffströme rücken parallel Speicheroptionen in den Vordergrund, die ohne geologische Einlagerung auskommen. Besonders relevant ist dabei Pflanzenkohle, wenn sie in Böden, Baustoffen oder anderen langlebigen Anwendungen dauerhaft gebunden bleibt.

Auf EU-Ebene schafft das Carbon Removal Certification Framework (CRCF) einen Qualitätsrahmen für dauerhafte Kohlenstoffentnahmen, Carbon Farming und Kohlenstoffspeicherung in Produkten. Für Österreich wird damit konkreter, wie unterschiedliche Senkenpfade künftig anerkannt, bilanziert und nachgewiesen werden können. Das betrifft nicht nur die Zertifizierung, sondern auch praktische Fragen wie abfallende Produktqualität, Bodenanwendung, Baustoffintegration und Nachweisführung.

Damit verschiebt sich die Debatte von der technischen Möglichkeit zur praktischen Umsetzung. Für die weitere Entwicklung von Negativemissionen braucht es nachvollziehbare Begriffe, belastbare Standards, praxiserprobte Anwendungen und verlässliche Regeln für die Anerkennung von Senkenleistungen. Erst wenn Entnahme, Speicherung, Nachweisführung und Nutzungspfad zusammenpassen, können hochwertige Kohlenstoffsenken verlässlich in Klimabilanzen, Standortentscheidungen und Wertschöpfungsketten integriert werden.



energy decentral
POWERING NEW IDEAS

10. - 13. NOVEMBER
HANNOVER | GERMANY

2026

**Internationale Fachmesse
für innovative Energieversorgung**

**SICHERE
DIR DEIN
TICKET!**







EuroTier
First in animal farming.



inhouse farming
Feed & food show

MADE BY



energy-decentral.com

Bioenergie überholt Erdgas

Studie: Beschleunigter Waldumbau wegen Klimakrise notwendig

Die Bioenergie hat das klimaschädliche Erdgas erstmals überholt, geht aus den Daten der vorläufigen Energiebilanz 2025 hervor. Demnach deckt der regional verfügbare Energieträger rund 21 % des Bruttoinlandsverbrauchs (s. Grafiken Titelseite). „Auch die Biomassestrategie der Österreichischen Energieagentur zeigt, dass bis 2040 ein Anteil von 30 bis 50 % an der Energieversorgung möglich ist. Jetzt gilt es: die Wälder klimafit machen, das anfallende Holz für den raschen Ausstieg aus Öl und Gas nutzen und gleichzeitig fossile Materialien durch Holz ersetzen. Dadurch werden fossile Energien kurzfristig ersetzt. Langfristig werden klimafitte Wälder wieder mehr Kohlenstoff aufnehmen und durch negative Emissionen aus Bioenergie und Kohlenstoffabscheidung samt Pflanzenkohle ergänzt werden“, erklärt Franz Titschenbacher, Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes, anlässlich der traditionellen Urania-Veranstaltung.

DETAILANALYSE: WÄRMESEKTOR

Die Biomassestrategie basiert auf einer Vielzahl von Detailstudien. Darin wurden u.a. die Biomasseflüsse in Österreich, Szenarien der künftigen Nutzung sowie Klimaeffekte und die volkswirtschaftlichen Effekte der Bioenergie analysiert. Die Strategie wurde aktuell um eine Detailanalyse des Wärmesektors erweitert, da dieser einen der wichtigsten und größten „Hebel“ zur Defossilisierung unseres Energiesystems darstellt. Insbesondere der Markt für Niedertemperatur-Wärme, etwa für die Beheizung von Gebäuden, zur Bereitstellung von Warmwasser oder auch für betriebliche Prozesse, ist in Österreich ein zentraler Grundpfeiler des Energiesystems.

Bioenergie – vor allem in Form von Pellets, Hackgut oder Brennholz – ist hierbei systemrelevant. Im Detail wurde der Wärmeverbrauch im Zeitverlauf betrachtet und die Lastspitzen im Bereich Wärme und Strom analysiert. „Die Erneuerbaren im Wärmebereich müssen massiv ausgebaut werden, um die Erzeugungslücke – vor allem im Winter – zu schließen“, erklärt Lorenz Strimitzer, Head of Center Renewable Materials & Resources bei der Österreichischen Energieagentur und einer der Studienautoren. Folgende zentrale Punkte lassen sich aus der Studie ableiten:

- Wir brauchen deutlich mehr Wärme als Strom: Der saisonale Energiebedarf im Bereich Wärme ist fünf Mal größer als im Stromsektor.
- Die direkte Nutzung von Bioenergie im Wärmebereich ist ein wesentliches Instrument zur Erreichung der Energie- und Klimaziele.
- Massive Bedarfsspitzen bei Wärme: Der maximale Wärmebedarf beträgt bis zu 63 GW und ist damit sechs Mal größer als im Stromsektor.
- Rund die Hälfte der Wärme wird bereits jetzt durch Biomasse bereitgestellt.



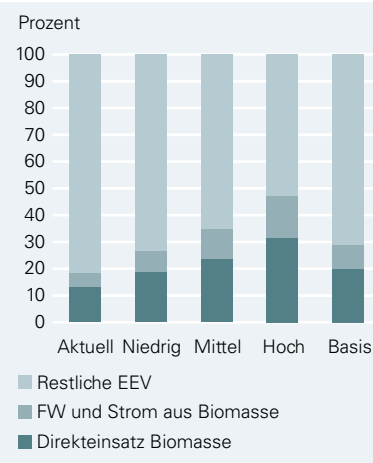
Diskutierten auch mit dem Publikum (v. li.): Franz Titschenbacher, ÖBMV, Moderatorin Corinna Gabauer, Michael Obersteiner, Universität Oxford, Silvio Schüler, BFW, und Lorenz Strimitzer, Energieagentur

- Erzeugungslücken sind eine große Herausforderung, aber auch Chance für ein erneuerbares Energiesystem der Zukunft.
- Bioenergie ist zur Erreichung der EU-Erneuerbaren-Ziele alternativlos.
- Bei hohem Wärmebedarf wird viel CO₂-intensiver Strom importiert.

WIN-WIN-SITUATION MIT WACHSTUMSPOTENZIAL

Die Defossilisierung des Wärmesektors ist mit vielfältigen Vorteilen wie heimischer Wertschöpfung und Beschäftigung verbunden. Der Ausbau der Bioenergie ist volkswirtschaftlich sinnvoll und sollte anhand der in der Biomassestrategie aufgezeigten Potenziale erfolgen. Diese ergeben sich vor allem durch den beschleunigten Waldumbau hin zu klimafitten

Szenarien Zusammensetzung des Endenergieverbrauchs 2040



Beständen. Die Szenarien der Biomassestrategie zeigen auf, dass die Biomasse-Nutzung mit ambitionierten Mobilisierungsmaßnahmen bis 2040 von derzeit rund 250 PJ auf zumindest 300 – 350 PJ gesteigert werden kann.

Des Weiteren wurde in der Studie aufgezeigt, dass der Ersatz aller Ölkessel durch Erneuerbare (insbesondere Bioenergie) bis 2040 machbar ist, wenn der Kesseltausch forciert wird.

Der Ausstieg aus fossilen Heizungen macht zudem Rohstoffe für andere (hard-to-abate bzw. kaum defossilisierbaren) Sektoren frei (z.B. nichtenergetische Nutzung, Nutzung als Flugtreibstoff, etc.). Gleichzeitig schafft Bioenergie heimische, regionale Wertschöpfung und Beschäftigung sowie fiskalische Rückflüsse an den Staat. Dies bedeutet, dass Förderungen für Bioenergie volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Das erhöht zudem die Versorgungssicherheit und Krisenresilienz.

AKTIV DEN WALD DER ZUKUNFT GESTALTEN

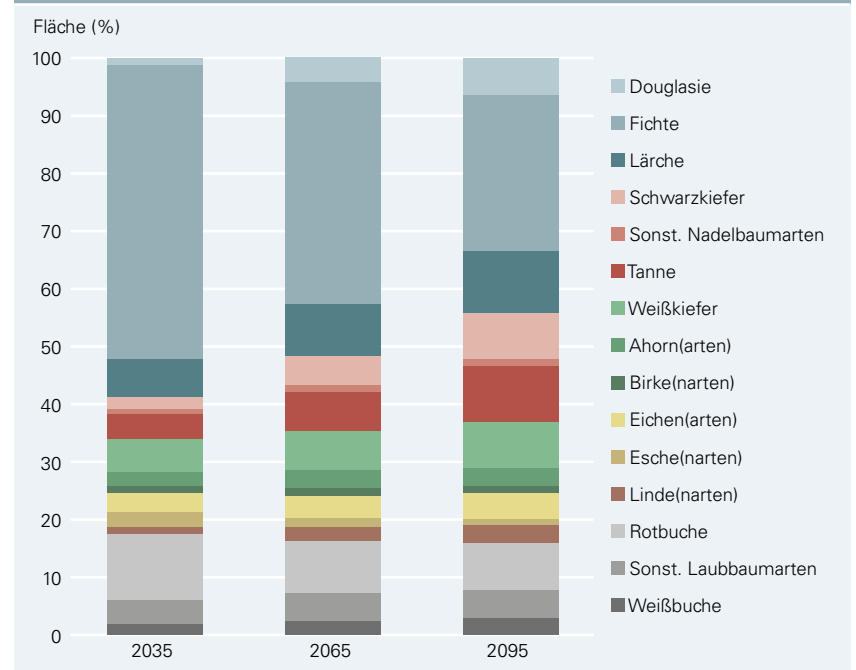
Wie dringend der Umbau unserer Energiesysteme und die Abschwächung des Klimawandels ist, zeigt sich auch im österreichischen Wald: Binnen eines Jahrzehntes ist dieser vom Hoffnungsträger zu einem der am stärksten Betroffenen des Klimawandels geworden. Nassschneeereignisse, Stürme und Dürreperioden sowie die darauf unvermeidlich folgende Massenvermehrung von Schadinsekten haben im letzten Jahrzehnt zu einem Rekordaufkommen an Schadholz geführt und die Notwendigkeit eines zügigen Waldumbaus aufgezeigt. „Trotz eines seit mehr als drei Jahrzehnten steigenden Anteils an Laub- und Mischwäldern, stellen die hohen Holzvorräte der Fichte und die unzureichende Verjüngung weiterhin das größte Risiko für den Wald in Österreich und dessen Kohlenstoffspeicher dar“, erklärt Silvio Schüler, Leiter des Instituts für Waldwachstum und Waldbau am Bundesforschungszentrum für Wald (BFW). Das Bundesforschungszentrum für Wald hat daher im Auftrag des Österreichischen Biomasse-Verbandes, der Landwirtschaftskammer Österreich und der Land- und Forstbetriebe Österreich eine Studie für einen beschleunigten Waldumbau erstellt.

SCENARIO FÜR BESCHLEUNIGTEN WALDUMBAU

Vitale Wälder mit einer hohen CO₂-Aufnahmeleistung sind wichtig für die

Zukunft. Neben dem Umbau zu klimaresilienten Mischbeständen, dem Abbau von Wäldern mit höherem Klimarisiko und einer langfristigen Rohstoffversorgung sollte daher bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts eine hohe Substitutionsleistung und anschließend ein verstärkter Vorratsaufbau im Wald sichergestellt werden. Die Studie basiert auf dem aktuellen Zustand des Waldes und berücksichtigt die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur klimatischen Eignung von Baumarten sowie der zunehmenden Mortalität im Zeitalter des Klimawandels. Im unterstellten Nutzungsszenario werden bis 2050 bewusst die Erntemengen erhöht, um den Zuwachs anzukurbeln und das Risiko von Schadereignissen zu verringern. Dabei müssen bevorzugt die relativ ältesten, zuwuchsschwachen Bestände verjüngt werden. Ab 2050 – wenn die Substitutionsleistung biogener Rohstoffe aufgrund einer vollständig emissionsneutralen Wirtschaft geringer ausfällt, wird die Nutzung reduziert, um langfristig die Kohlenstoffvorräte

Baumartenanteile



Präsident Franz Titschenbacher eröffnet die traditionelle Urania-Veranstaltung des Österreichischen Biomasse-Verbandes vor rund 190 Gästen.

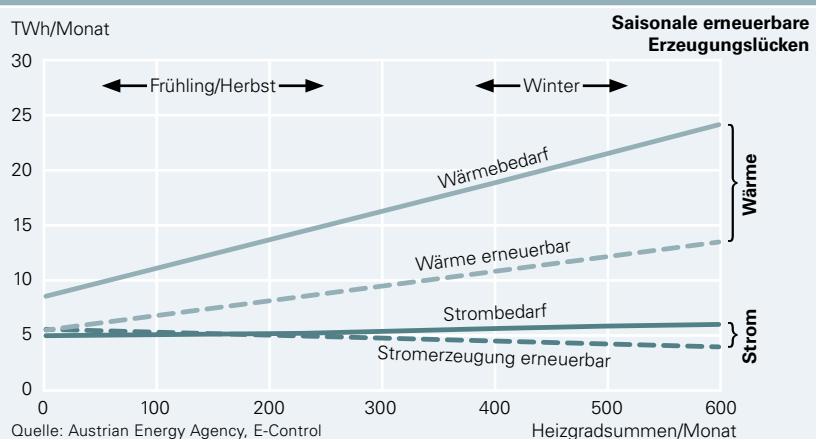


im Wald wieder zu steigern. Die am häufigsten beim Waldumbau gezielt bevorzugten Baumarten sind Lärche, Tanne, Eiche und die beiden heimischen Kiefernarten.

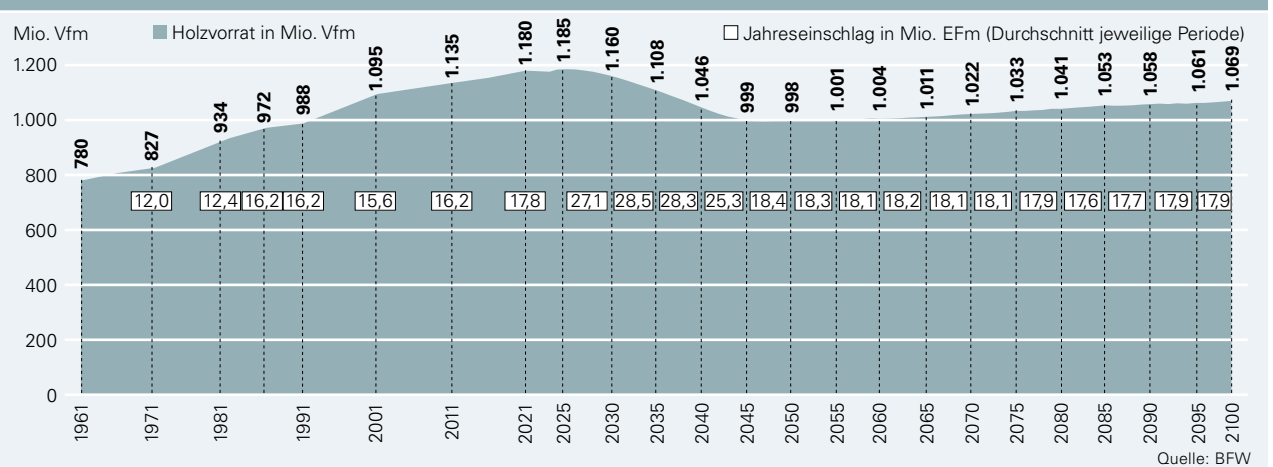
DIVERSIFIZIERUNG ZEIGT WIRKUNG

Die unterstellte Diversifizierung zeigt deutliche Wirkung: Bis zum Ende des Jahrhunderts sinkt zwar der Fichtenanteil an der Waldfläche auf unter 30 %, während die Häufigkeit der anderen Arten steigt. Der Wald wird also vielfältiger. Die Holzvorräte reagieren langsamer, jedoch sinkt auch hier der Fichtenanteil unter 50 %. Die Holzverwendung wird noch bis zum Ende des Jahrhunderts von der Fichte dominiert und trägt wesentlich zu den jährlich rund 15 Mio. Efm Nadel-Sägerundholz bei. Die Altersklassenverteilung verschiebt sich durch die verstärkte Nutzung bis 2050 hin zu jüngeren wuchskräftigen Beständen und sorgt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts für steigende Zuwächse und Vorräte.

Wärme- und Strombedarf über erneuerbarer Erzeugung 2021-2024



Entwicklung des Holzvorrats in Österreich 1961 bis 2023 und Prognose bis 2100



WIND-KRAFT DER REGIONEN FOTOWETTBEWERB²⁰²⁶

Einreichen
gewinnen

Beste Windkraftfotos aus
den Regionen einreichen
und tolle Preise gewinnen.

igwindkraft.at/foto



Exklusiv-Partner



Kursänderung aufgrund neuer Daten

Kleinwasserkraft Österreich stößt Anpassung der Bemessungsfischgrößen an



Meilenstein: Ministerium reduziert die Bemessungsgröße für die Äsche bei Fischaufstiegshilfen.

Im 1. Beiblatt des Leitfadens zum Bau von Fischaufstiegshilfen wurde die Bemessungsgröße der Äsche in einigen Fischregionen von 50 cm auf 40 cm herabgesetzt. Statistisch valide Auswertungen von umfangreichen Befischungsdaten konnten bisherige Vorgaben infrage stellen. Trotz zunächst nur geringer praktischer Änderungen kann dies ein wichtiger Schritt für die Zukunft von Fischwanderhilfen in Österreich sein.

DER BESTIMMENDE LEITFADEN

Der österreichische Leitfaden zum Bau von Fischaufstiegshilfen bestimmt die Ansprüche und Dimensionierungen, die Fischwanderhilfen in österreichischen Fließgewässern erfüllen müssen. Dazu legt er für jede Fischregion eine größenbestimmende Fischart fest. Im Epirhithral (oberen Fluß-/Bachlauf) ist das die Bachforelle, in anderen Regionen sind Arten wie Äsche, Barbe oder Huchen relevant. Die Länge der maßgebenden Fischart bildet dann die Grundlage für die geometrischen Abmessungen der Fischwanderhilfen, von Mindestwassertiefen und Schlitzbreiten bis hin zu Beckendimensionen. Aktuelle Auswertungen von Kleinwasserkraft Österreich zu Fischlängen in heimischen Gewässern zeigen, dass die Bemessungsarten die vorgeschriebenen Grenzwerte nur selten erreichen. Die Änderung im 1. Beiblatt des Leitfadens setzt jetzt bei genau dieser Thematik an und korrigiert die Bemessungsgröße der Äsche – von bisher 50 cm auf nunmehr 40 cm, ein Rückgang von 20 %.

BEMESSUNGSFISCHERGEBNISSE

Der Leitfaden legt die Äsche als eine der maßgebenden Fischarten im Metarhithral (mittlerer Fluß-/Bachlauf) mit $MQ > 2 \text{ m}^3/\text{s}$) und Hyporhithral (unterer Abschnitt) klein fest – bis vor Kurzem mit einer Bemessungsgröße von 50 cm. Die Befischungsdaten aus der Gewässerzustandsüberwachung zeigen jedoch, dass in den 149 Be-

fischungen in diesen Fischregionen nicht eine einzige der 2.710 gefangenen Äschen diese Größe erreicht hat. Selbst wenn man die Längenverteilung in ganz Österreich betrachtet – und damit Befischungen an Flüssen wie der Großache, dem Inn, der Salzach und dem Ziller berücksichtigt – erreichen nur die wenigsten Äschen die alte Bemessungsgrundlage.

Das Ministerium, dem zusätzlich zu den Gewässerzustandsüberwachungsdaten auch Ergebnisse aus Befischungen der Länder und projektbezogene Daten zur Verfügung stehen, dürfte nach intensivem Austausch zu demselben Schluss gekommen sein – immerhin wird in der Änderung im 1. Beiblatt des Leitfadens explizit auf Datenauswertungen des Bundesamts für Wasserwirtschaft verwiesen. Das Ergebnis: Auch die neue Bemessungsgröße von 40 cm bietet einen ausreichend großen Passagekorridor für mehr als 95 % der Fischpopulation im Metarhithral (mit $MQ > 2 \text{ m}^3/\text{s}$). Im Hyporhithral klein reicht die neue Bemessungsgröße sogar für fast 100 % der Gesamtpopulation.

Die Befischungen zeigen außerdem, dass Äschen jeglicher Körperlänge mit einem Anteil von nur 0,2 % im Hyporhithral klein, in dem insgesamt mehr als 58.000 Fische gefangen wurden, eher selten waren. Das bestätigt eine weitere Beobachtung vieler BetreiberInnen: Die Bemessungsarten fehlen oft. Natürlich soll und muss der öko-

logische Zustand der österreichischen Fließgewässer verbessert werden und selbstverständlich sollte der erwünschte Zielzustand bei der Planung neuer Maßnahmen berücksichtigt werden. Dazu steht die Kleinwasserkraftbranche auch. Die Auswertung der Befischungsdaten zeigt allerdings, dass die derzeitige Definition der Fischartbilder in manchen Fällen nicht dem tatsächlichen Fischvorkommen entspricht.

AUSWIRKUNGEN

Die Äsche ist nicht die einzige Bemessungsart im Metarhithral (mit $MQ > 2 \text{ m}^3/\text{s}$) und Hyporhithral klein, wo auch die Bachforelle beziehungsweise der Äitel und die Aalrutte maßgebend sind. Während es also einfacher wird, die Funktionsfähigkeit von Fischwanderhilfen für die Äsche nachzuweisen, bleiben die Dimensionanforderungen – vorerst – weiterhin bestehen. Die Auswirkungen der Änderung wirken auf den ersten Blick bescheiden. Aber der Schein trügt. Die Bemessungsgrößen im Leitfaden wurden das erste Mal überprüft und das Ministerium mit Daten zur Kursänderung bewegt. Das ist ein Meilenstein. Kleinwasserkraft Österreich wehrt sich schon lange gegen unbegründete Vorgaben im Leitfaden zum Bau von Fischaufstiegshilfen, stößt aber allzu oft auf taube Ohren. Eine weitere Auswertung der Befischungsdaten könnte jetzt Bewegung in den Leitfaden bringen. Die derzeitigen Bemessungsgrößen zwingen BetreiberInnen dazu, Fischwanderhilfen für Fische zu bauen, die in ihren Gewässern oftmals nicht vorkommen. Das verursacht hohe Baukosten, erschwert das Monitoring und verzögert den Markteintritt neuer Bautypen, weil relevante Nachweispflichten nicht erbracht werden können. Die neue Bemessungsgröße für die Äsche ist näher an der Realität. Jetzt müssen auch die Bemessungsgrößen der anderen Fischarten überprüft werden.

Thomas Prayer,
Kleinwasserkraft Österreich



Fischwanderhilfen – wie diese – müssen oftmals zu groß dimensioniert werden.



v. li.: Hannes Taubinger, Bgmⁱⁿ Berta Staller, Pfarrer Wieslaw Wesolowski, Anna und Hannes Taubinger sen., LH-Stv. Josef Geisler

Eröffnung in Taberbach

LH-Stv. Geisler: Wasserkraft ist ein zentraler Baustein

Ende Mai wurde die neu errichtete Mittelstufe der Kraftwerkskette Taberbach im Bezirk Lienz, Osttirol, im Beisein von Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler offiziell in Betrieb genommen.

Das Kraftwerk hat eine Leistung von 1,5 MW. Gemeinsam mit der Ober- und Unterstufe ergibt sich eine Leistung von insgesamt knapp über 2 MW. Dazu Hannes Taubinger, Präsident von Kleinwasserkraft Österreich: „Mit der Fertigstellung des Projekts am Taberbach ist es gelungen, die Energieversorgung für die Gemeinden Ainet und Schlaiten zukunftsfit zu machen.“

KRAFTWERKSKETTE UND STROMNETZ MODERNISIERT

Energierreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler unterstreicht die Bedeutung der heimischen Wasserkraft für Tirols Energiezukunft: „Die heimische Wasserkraft ist ein zentraler Baustein auf unserem Weg zur Energieunabhängigkeit. Auch die Kleinwasserkraft spielt dabei eine zentrale Rolle. Solche Projekte schaffen Versorgungssicherheit, halten die Wertschöpfung im Land und machen uns unabhängiger von fossilen Energieimporten.“

2018 wurde das Stromnetz der Gemeinden Ainet und Schlaiten sowie die dazugehörigen Kraftwerke von der Anton Kittel Mühle Plaika GmbH übernommen. Innerhalb von sechs Jahren wurde fast das gesamte Netz erneuert und an die neuen Gegebenheiten, insbesondere die verstärkte Kleinwasserkraft-Leistung sowie zahlreiche PV-Anlagen, angepasst.

Die neu eröffnete Mittelstufe der Kraftwerkskette wurde komplett neu errichtet. Durch eine höhere Wassermenge konnte die Leistung gegenüber dem Altbestand annähernd verdreifacht werden. Durch weitere

Revitalisierungen bei den Kraftwerken Ober- und Unterstufe konnte das Regelarbeitsvermögen von 6 auf 9,5 GWh erhöht werden. Gleichzeitig wurde auch ein Tagesspeicher reaktiviert, um Erzeugungsschwankungen anderer Technologien auszugleichen und so besser in das Stromnetz zu integrieren.

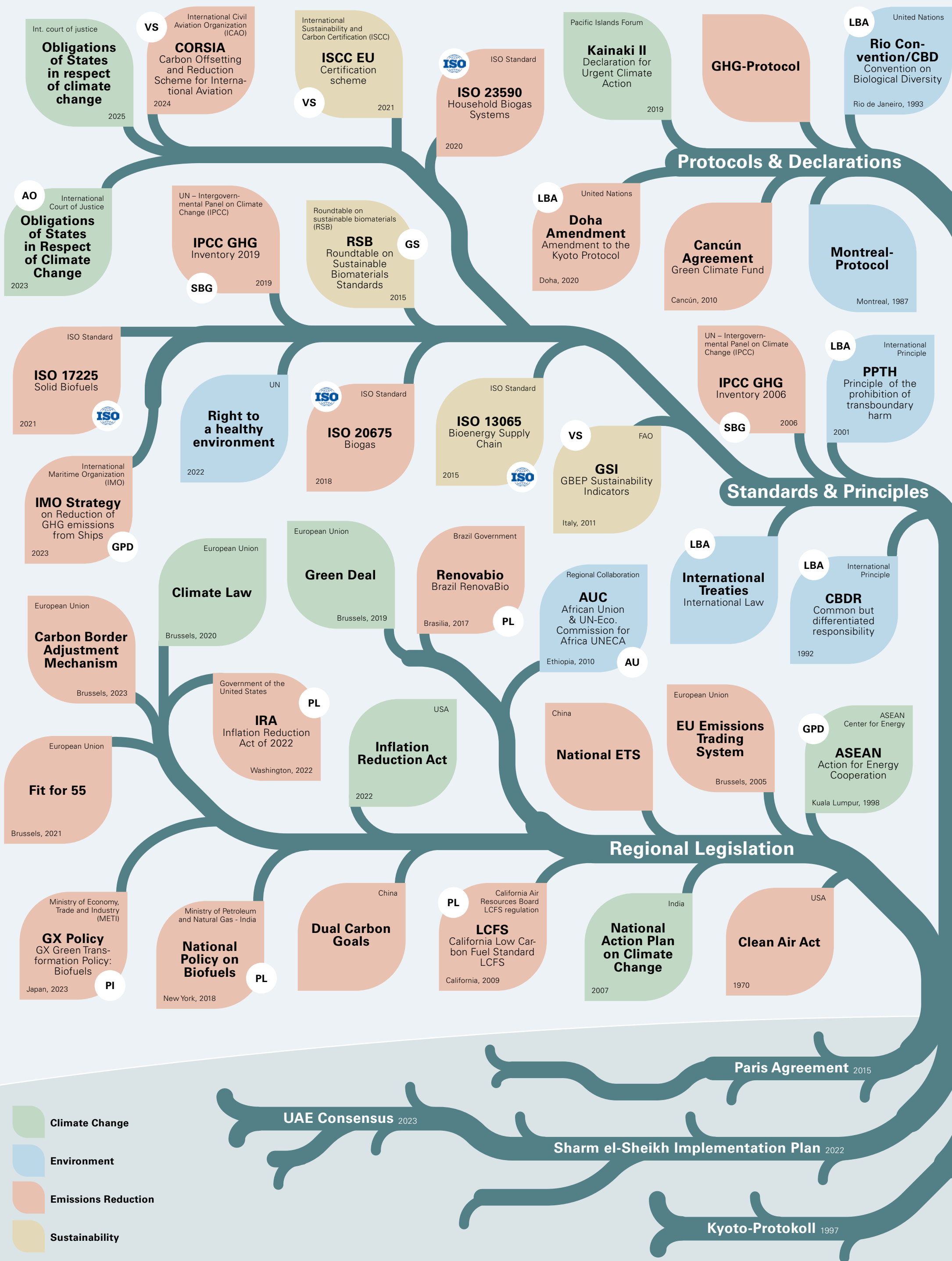
ÖKOLOGISCHES VORZEIGEPROJEKT

Durch die Modernisierung und den Neubau wurden auch Gewässerökologie und Naturschutz verbessert. Insgesamt wird jetzt trotz erhöhter Stromproduktion mehr Restwasser als zuvor abgegeben. Besondere Bedeutung für die Region hat aber die Inselbetriebs- und Schwarzstartfähigkeit der Kraftwerke. Damit ist die Versorgung auch im Falle eines großräumigen Blackouts sichergestellt. Die Kraftwerke funktionieren für die Gemeinden somit als dezentrale, nachhaltige Notstromagregate.

WASSERKRAFT DARF NICHT BENACHTEILIGT WERDEN

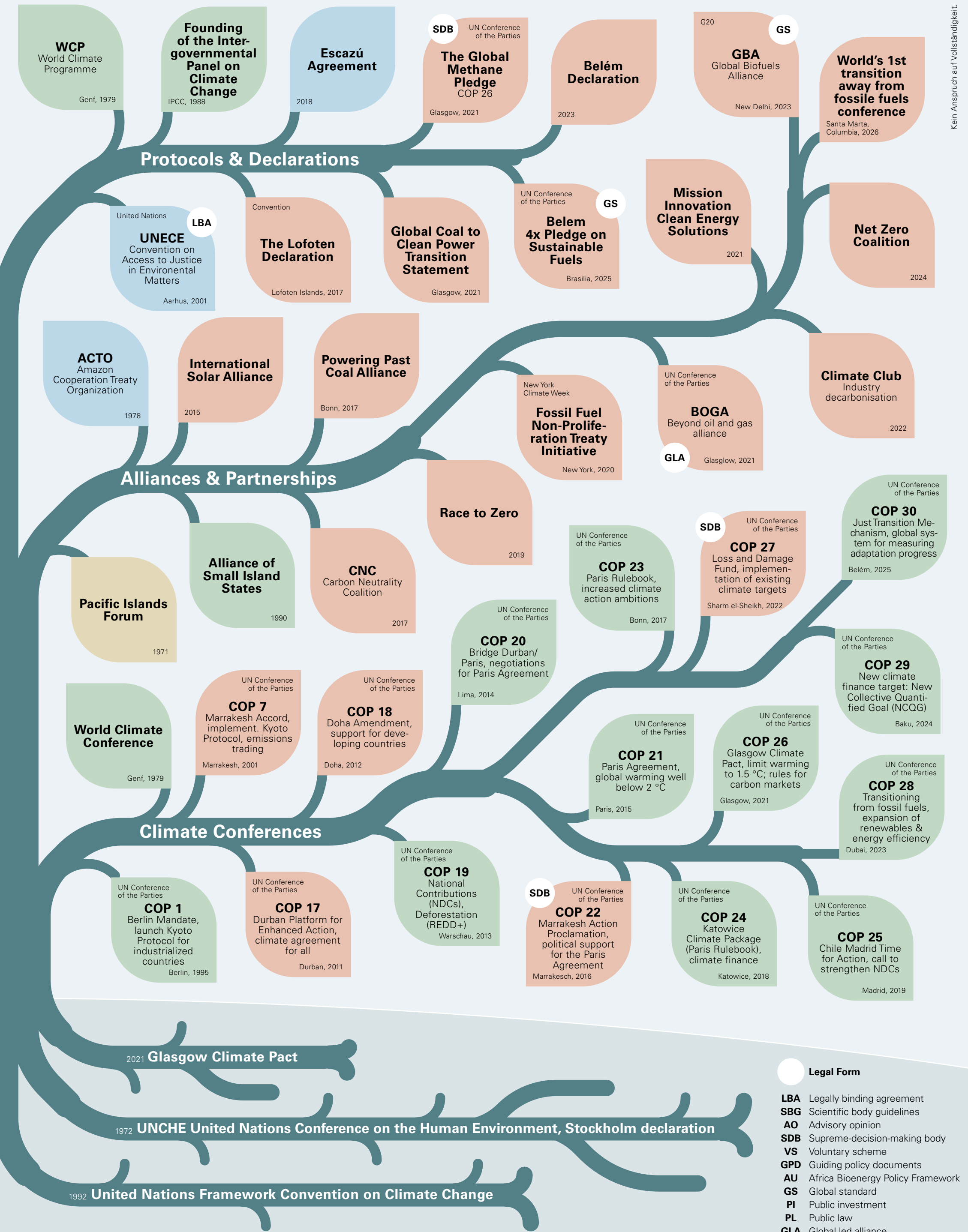
Gut abgestimmte und effiziente Genehmigungsprozesse sind wichtig für den raschen Ausbau erneuerbarer Energie. Auch LH-Stv. Geisler verweist auf die gemeinsame energiepolitische Linie der Bundesländer und auf den breiten Schulterchluss zum Ausbau der Wasserkraft: „Wir bekennen uns klar zum weiteren Ausbau der heimischen Wasserkraft – dazu zählt auch die Kleinwasserkraft. Sie ist ein wichtiger Baustein für Versorgungssicherheit und Energieunabhängigkeit und muss gleich wie alle anderen erneuerbaren Energieträger behandelt werden. Entscheidend ist, dass die vorhandenen Potenziale genutzt werden und Projekte möglichst rasch und unbürokratisch umgesetzt werden können.“

Für den grünen Wandel



mit globaler Wirkung

Status 6/2026



Personalia



Baminger folgt Strugl

Michael Baminger, Vorstandssprecher der Salzburg AG, ist neuer Präsident von Oesterreichs Energie für die Funktionsperiode von drei Jahren. Er folgt Verbund-CEO Michael Strugl. Baminger will die E-Wirtschaft aus der Krise in die Umsetzung bringen. Nach Jahren der Stabilisierung gehe es jetzt darum, den Umbau des Energiesystems zügig und geordnet voranzutreiben.



Neuer Generalsekretär

Paul Ehgartner ist neuer Generalsekretär der Land&Forst Betriebe Österreich. Ehgartner war zuletzt im BMLUK als Sektionsbeauftragter in der Sektion Forstwirtschaft und Regionen und stellvertretender Abteilungsleiter.

Eckpfeiler des internationalen Klimarechts

Internationaler Gerichtshof: Völkerrechtliche Verpflichtung der Staaten, den Klimawandel zu bekämpfen



Seit den ersten internationalen Umweltkonferenzen wurden zahlreiche multilaterale Umwelt- und Klimaschutzabkommen ausgehandelt und in nationales Recht umgesetzt. Die Übersicht im Mittenaufschlag (S. 10) konzentriert sich auf jene Instrumente und Entwicklungen, die für die Energiewende und die Transformation der Energiesysteme von besonderer Relevanz sind; sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

ALLE TRAGEN VERANTWORTUNG

Anders als in nationalen Rechtsordnungen gibt es im internationalen Recht keine kodifizierten Gesetze, vielmehr bilden internationale Verträge, Vereinbarungen und Grundprinzipien die normative Grundlage für unser Zusammenleben: das Völkerrecht. Es ist eine überstaatliche Rechtsordnung, die die Beziehungen zwischen souveränen Staaten und anderen Völkerrechtssubjekten (wie internationa-

len Organisationen) regelt. Es basiert primär auf internationalen Verträgen (z. B. der UN-Charta) und dem Völkergewohnheitsrecht. Im Klimabereich fehlt ein gemeinsames, grundlegendes Abkommen, hier hat die allgemeine und anerkannte Staatenpraxis (das Gewohnheitsrecht) eine besondere Bedeutung: alle Staaten sind für den Klimawandel verantwortlich, keiner kann sich dieser Verantwortung entziehen, auch nicht durch den „Austritt“ aus einem Abkommen, wie es die USA in jüngster Vergangenheit getan haben.

SÄULEN UND ECKPFEILER

Mit seinem am 23. Juli 2025 veröffentlichten Gutachten zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen von Staaten im Zusammenhang mit dem Klimawandel hat der Internationale Gerichtshof (IGH) einen bedeutenden Beitrag zur Fortentwicklung des internationalen Klimarechts geleistet.

Darin bekräftigt der Gerichtshof, dass das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt als wesentlicher Bezugspunkt bei der Auslegung bestehender völkerrechtlicher Verpflichtungen heranzuziehen ist. Das Gutachten konkretisiert die staatlichen Sorgfalts- und Handlungspflichten im Umgang mit der Klimakrise und stellt klar, dass Staaten wirksame Maßnahmen ergreifen müssen, um eine Verletzung von Menschenrechten infolge unzureichenden Klimaschutzes zu verhindern. Darüber hinaus sind sie verpflichtet, erhebliche klimabedingte Umweltschäden nach Möglichkeit zu vermeiden und präventiv gegen deren Entstehung vorzugehen. Aus dem Völkerrecht können sich außerdem Verpflichtungen zur Wiedergutmachung bereits eingetretener Schäden ergeben, einschließlich der Leistung von Entschädigungen gegenüber betroffenen Staaten.

Wichtige Säulen und Eckpfeiler des internationalen Klimarechts sind:

- Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC, 1992): Das internationale Umweltabkommen hat das Ziel, die globale Erwärmung zu verlangsamen sowie ihre Folgen zu mildern.
- Übereinkommen von Paris (2015): Der völkerrechtlich verbindliche Vertrag verankert das globale Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad (möglichst 1,5 Grad) zu begrenzen. Die Staaten müssen dazu nationale Klimaziele (NDCs) vorlegen und schrittweise nachschärfen.
- Recht auf eine gesunde Umwelt (2022): Die historische Resolution der UN-Generalversammlung anerkennt den Zugang zu einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt offiziell als universelles Menschenrecht. Dieser Meilenstein, getragen von 161 Staaten, ist die wichtigste globale Weiterentwicklung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte seit 1948.
- IGH-Gutachten zum Klimaschutz (2025): Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag hat in einem richtungsweisenden Gutachten klargestellt, dass die Staatengemeinschaft völkerrechtlich zum Klimaschutz verpflichtet ist. Es untermauert die internationale Verpflichtung, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten und Maßnahmen zur Klimaanpassung und zur Bekämpfung von Klimaschäden zu ergreifen.
- Zentrale Leitprinzipien: Das internationale Klimarecht stützt sich außerdem auf Grundsätze wie die „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten“ (CBDR), sowie das „Prinzip zur Verhinderung grenzüberschreitender Schäden“ (PPTH) MF

Eine eigene Feuerstelle für Zuhause

Darauf muss bei der Kachelofenplanung geachtet werden

Viele HäuslbauerInnen träumen von der Feuerstelle in den eigenen vier Wänden. Ein Kachelofen bringt schließlich nicht nur wohlige Wärme, sondern bietet auch Sicherheit bei Stromausfällen. Um es sich später am Ofen gemütlich machen zu können, sollten bereits in der Hausplanungsphase ein paar wichtige Punkte unbedingt beachtet werden.

LÖSUNG FÜR ALLE FÄLLE

Moderne Häuser sind warm und perfekt gedämmt, aber verfügen häufig über keinen Platz, an den man sich zurücklehnen und aktiv aufwärmen kann. Darum wünschen sich viele Österrei-

cherInnen einen eigenen Kachelofen als Wärmespender.

Die gute Nachricht vorneweg: Prinzipiell ist keine Wohnform von der Installation einer Feuerstelle ausgenommen, auch nicht moderne Passiv- und Niedrigenergiehäuser. „In diesen Fällen ist der Ofen an die geringere Heizleistung anzupassen, der Kachelofen als Speicherofen ist dafür ideal“, erklärt Thomas Schiffert, Geschäftsführer des Österreichischen Kachelofenverbands. Kachelöfen gibt es bereits ab einer Leistung von 800 Watt. Entgegen vieler Vorurteile überhitzt das moderne Haus nicht, da die Heizleistung individuell ermittelt wird und der Kachelofen die gespeicherte Wärme über einen langen Zeitraum verteilt.

DAS RICHTIGE MODELL

Bei der Wahl des richtigen Ofenmodells geht es vor allem darum, welchen Zweck der Ofen erfüllen soll. „Möchte man stundenlange, langsame Wärmeabgabe und steht der Heizzweck im Vordergrund, so ist ein klassischer Kachelofen die richtige Wahl“, weiß Schiffert. Die milde Strahlungswärme, die der Kachelofen über seine Oberfläche abgibt, wird als besonders angenehm empfunden. Außerdem reicht hier ein Nachlegen der Holzscheite ein- bis maximal dreimal pro Tag völlig aus.

Steht hingegen das flackernde Feuererlebnis im Vordergrund, so ist der Heizkamin mit großer Glasscheibe die richtige Wahl. „Der Kachelofen lädt seinen Wärmespeicher langsam auf. Im Vergleich dazu wird es mit dem Heizkamin schneller warm. Dieser verbraucht aber mehr Holz, da öfters nachgelegt werden muss. Sobald das Feuer erloschen ist, gibt der Heizkamin deutlich kürzer Wärme ab.“

Thomas Schiffert empfiehlt daher bereits in der Planungsphase des Hauses einen Hafner (Ofenbauer; <https://www.kachelofenverband.at/hafnersuche-oesterreich/>) zu Rate zu ziehen, um den passenden Ofen für den individuellen Wärmebedarf und Kundenwunsch zu finden.

DAS MUSS BEACHTET WERDEN

„Bei der Planung eines Kachelofens sollte man immer den tragenden Un-



tergrund berücksichtigen, denn ein Kachelofen ist gut und gerne viele hundert Kilogramm schwer“, so Schiffert.

Auch in Fertigteilhäusern ist ein Heizkamin oder Kachelofen unter der Einhaltung von Brandschutzmaßnahmen möglich, wie z. B. durch Dämmmaßnahmen oder den Austausch einer brennbaren Wand durch eine Massivwand.

„Außerdem muss eine externe Verbrennungsluftversorgung vorhanden sein, die über eigene Kanäle oder Zusatzschächte im Rauchfang (neu: Abgasanlage) gelöst werden kann“, erklärt Schiffert. Während in Altbauten gemauerte Rauchfänge vorhanden sind, muss bei der Neubau-Planung ein Rauchfang miteingeplant werden.

Manche Häuslbauer können einen Kachelofen aus finanziellen Gründen nicht sofort errichten, sondern erst in einigen Jahren. In diesem Fall ist darauf zu achten, dass im geplanten

Ofenbereich keine Fußbodenheizung verlegt wird. Der Ofen sollte im Passiv- oder Niedrigenergiehaus im besten Fall zentral angeordnet sein, um seine volle Wärmewirkung gleichmäßig im Haus zu verteilen.

Dann steht dem kuscheligen Ofenfeuer in den eigenen vier Wänden bald nichts mehr im Wege.

Checkliste Ofenplanung

- Was steht im Vordergrund: dauerhafte Wärmeabgabe oder Feuererlebnis?
- Rechtzeitig Hafner in die Planungsphase einbeziehen
- Rauchfang und Luftversorgung müssen vorhanden sein
- Für tragenden Untergrund sorgen
- Zentrale Lage des Ofens einplanen





JETZT
BERATEN
LASSEN!

MACHEN SIE ES
SICH GEMÜTLICH.
WIR MACHEN
DIE WÄRME.

REGIONAL VERWURZELT, INNOVATIV,
UNABHÄNGIG UND NACHHALTIG.



Alle Informationen
unter **kew.at**

FERNWÄRME: AUFDREHEN, ZURÜCKLEHNEN
UND ENTSPANNEN.

Wir arbeiten jeden Tag daran, dass Menschen in ganz Österreich an ihren Arbeitsplätzen und in ihrem Zuhause mit umweltfreundlicher Fernwärme versorgt werden.

kelag
ENERGIE & WÄRME

KELAG NEWS

1.000ster Kilometer

In der Stadtgemeinde St. Andrä im Lavanttal baut die Kelag Energie & Wärme den 1.000sten Kilometer Fernwärmetrasse, um eine Wohnanlage des Kärntner Siedlungswerkes an das Fernwärmenetz anzuschließen.
Heute liefert die Kelag Energie & Wärme in St. Andrä für etwa 400 Gebäude pro Jahr rund 16 Millionen Kilowattstunden Wärme. Dies entspricht dem Bedarf von 3.200 Wohnungen. Besonders zu erwähnen ist, dass in St. Andrä mit Fernwärme auch Mais getrocknet wird. Das Fernwärmenetz umfasst rund 20 Kilometer. Die

Wärme stammt aus dem Biomasseheizwerk in St. Andrä und in Zukunft teilweise auch aus industrieller Abwärme von Mondini in Frantschach.



Wasserstoff
für den Nahverkehr

Die Kelag hat auf dem Gelände der Kärntner Restmüllverwertungs GmbH (KRV) in Arnoldstein eine Elektrolyseanlage zur Produktion von grünem Wasserstoff offiziell eröffnet. Es ist die erste Kärntner Wasserstoffproduktion für den Nahverkehr. Die KRV ist ein gemeinsames Unternehmen der Kelag und der Kärntner Entsorgungsvermittlungs GmbH.
Die Wasserstoffanlage wurde im Rahmen des Projekts „DeCarB – Decarbonising Carinthian Bus Transport“, einer Initiative des Landes Kärnten,

errichtet und ist ein Meilenstein für den klimafreundlichen Regionalverkehr in Villach. Das Projekt DeCarB wird gemeinsam mit dem Land Kärnten, Postbus, Gutmann sowie dem Verkehrsverbund Kärnten umgesetzt.

Firstfeier

Die Kelag Energie & Wärme investiert rund 28 Mio. Euro in die Biomasse-Fernwärme von Lustenau. Das System besteht aus dem Heizwerk und im Endausbau aus einem rund 17 km langen Fernwärmenetz. Rund 200 Gebäude werden an das Netz angeschlossen. „Das Heizwerk Lustenau errichten wir nach dem modernsten

Stand der Technik“, erläutert Adolf Melcher. „Wir haben einen Biomassekessel mit einer Leistung von 5 MW installiert, für das Warmwasser im Sommer setzen wir eine Wärmepumpe mit einer Leistung von 1 MW ein.“





v. re.: LK-Präsident Andreas Steinegger, Erhard Greinix, Sabrina Greinix mit Partner Dominik

Bauernhof des Jahres 2026

„Unser Strom kommt fast nur vom Dach!“

Jährlich vergibt die Landwirtschaftskammer Steiermark den Titel „Bauernhof des Jahres“. 2026 ergeht dieser an Erhard, Eva, Sabrina und Julia Greinix aus Edelschrott. Als Land- und Forstwirt hat Erhard Greinix schon zahlreiche Höhen und Tiefen durchgemacht. Eine der größten Tiefschläge war, als der Sturm Paula vor 20 Jahren fast seine gesamten Waldflächen zunichtemachte.

Doch der ambitionierte Landwirt und Agrardienstleister, der mit Ballenpresse und Co. anderen Landwirten Arbeiten abnimmt, gab nicht auf. 2017 investierte er kräftig in einen Biomasthendl-Stall, 2021 nochmals in einen sogenannten Voraufzuchtstall, in dem Greinix die Küken bis zu ihrem 29. Lebenstag aufzieht bis sie schließlich in seinen Biomasthendl-Stall einziehen. 9.600 Biomasthühner betreut Erhard Greinix, die einen Wintergarten sowie einen freien Auslauf auf die Hühnerweide haben. Dass die Biomasthühner kaum Stress haben werden, hängt mit der Leidenschaft von Erhard Greinix zur Photovoltaik zusammen. Doch wie?

96% DES STROMS KOMMEN VOM EIGENEN DACH

Auf den Dächern seiner Wirtschaftsgebäude hat Erhard Greinix bereits

2011 die ersten Photovoltaik-Module zur Herstellung von Sonnenstrom installiert und diese kontinuierlich erweitert. Er begann mit einer Leistung von 20kWp und baute diese auf heute 60kWp aus. „Damit kann ich 96 % des gesamten Stromverbrauchs für die Landwirtschaft und die beiden Wohneinheiten versorgen“, freut sich Greinix und spart sich damit sehr hohe Stromrechnungen. Denn der Stromverbrauch für das computergesteuerte Stallmanagementsystem wie die Steuerung der Fütterung, Lüftung und Ventilatoren, der Lufttemperatur, der Heizung, der Luftfeuchtigkeit und des Lichtes ist enorm.

Errichtet hat er die Photovoltaik-Anlagen, um energieunabhängiger zu werden, Umwelt sowie Klima zu schonen und vor allem für das Tierwohl. Greinix: „Ich schütze meine Biomasthühner vor einem Black-out durch eigenen Strom und mit einem System aus Notstromaggregaten und Stromspeichern, die einen Stromausfall in den Ställen absolut verhindern.“ Greinix, für den als Landwirt „das Rechnen“ zu einer der wichtigsten Kompetenzen zählt, wird in absehbarer Zeit seinen Betrieb an Tochter Sabrina übergeben, die an der Karl-Franzens-Universität Graz Umweltsystemwissenschaften mit Schwerpunkt Betriebswirtschaftslehre studiert hat.



Mit PV-Anlagen will man energieunabhängiger werden, die Umwelt sowie das Klima schonen.

Glückliche Schafe

Die oekostrom AG hat ihre Agri-PV-Anlage in Burgkirchen erfolgreich in Betrieb genommen. Das Kraftwerk verbindet Ökostromerzeugung mit landwirtschaftlicher Nutzung und zeigt, wie Energiewende und Landwirtschaft sinnvoll Hand in Hand gehen können. Für die Anlage wurden rund 3.300 Solarmodule installiert. Gleichzeitig wird die Fläche als Weideland für Schafe genutzt, die den Schatten der PV-Anlage an heißen Tagen zu schätzen wissen.



Werbeinitiative in Planung

60.000 Wärmepumpen müssten im Jahr fossile Energieträger ersetzen

Im Rahmen der Generalversammlung des Verbandes Wärmepumpe Austria diskutierten die VertreterInnen der österreichischen Wärmepumpen-Branche über aktuelle Entwicklungen.

1,3 MIO. WÄRMEPUMPEN BIS 2040

In den Fachvorträgen wurden Zukunftsthemen aufgegriffen. So wurden die Ergebnisse der Studie „Netzdienliche Wärmepumpe der Zukunft“, die Qualitätsanforderungen bei Wärmepumpeninstallationen sowie die Herausforderungen des Generationenwechsels und der Fachkräftesicherung vorgestellt. Die Studie zeigt, dass der gesamte Wärmesektor bis 2040 konsequent von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Systeme umgestellt werden muss, um die nationalen Klimaziele zu erreichen. Laut den Berechnungen der Studie werden bis 2040 rund 1,3 Mio. zusätzliche Wärmepumpen benötigt, darunter mehr als 1 Mio. Heizungswärmepumpen. Dies entspricht einem jährlichen Ausbau von etwa 60.000 Heizungswärmepumpen.

Durch den Austausch von Heizkesseln könnten rund 19TWh Erdgas und Heizöl ersetzt, die Energieunabhängigkeit Österreichs gestärkt und mehrere Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Darüber hinaus könnten volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von bis zu 2 Mrd. Euro jährlich vermieden werden, die bei einer Verfehlung der europäischen Klimaziele durch den Kauf zusätzlicher Emissionszertifikate entstehen würden.

Dazu Richard Freimüller, Präsident des Verbandes Wärmepumpe: „Mit der Umsetzung der geplanten Klimaziele und rund 1,3 Mio. Wärmepumpen bis 2040 können die heutigen nationalen Gasimporte um bis zu 24 %, das sind 19TWh, reduziert werden.“

UNABHÄNGIG VON FÖRDERUNGEN

Im weiteren Verlauf der Generalversammlung folgten Einblicke in die aktuelle Situation des rückläufigen Marktes und die Auswirkungen des bald ausgeschöpften Förderbudgets für den Kesseltausch sowie ein Ausblick auf das Jahr 2027. „Die Branche muss langfristig von Förderprogrammen unabhängig werden. Es muss uns gelingen, die zahlreichen Vorteile der Technologie noch stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern und die Wärmepumpe als wirtschaftlich attraktive, zukunftssichere und nachhaltige Lösung zu positionieren“, so Freimüller. Aus diesem Grund möchte der Verband eine Werbeinitiative erarbeiten.

DREI MASSGABEN

Aus Sicht des Verbandes können die Klimaziele nur unter Einhaltung folgender Maßgaben erreicht werden:

- Ordnungspolitische Regelungen: Neben dem EWG für Neubauten muss eine verpflichtende Alternativenprüfung zum Ersatz fossiler Bestandsanlagen durch erneuer-

bare Heizsysteme vorgeschrieben werden.

- Kontinuierliche Steigerung der Kosten für den Betrieb fossiler Heizsysteme: Dazu dient die CO₂-Bepreisung, die ab 2027 im Rahmen der Erweiterung des EU-weiten Emissionshandels (EU ETS2) auch auf den Heizungsbereich ausgedehnt werden sollte.
- Ausreichende Förderung: Als positiver Anreiz für den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme ist eine entsprechende Förderung notwendig. Diese sollte kontinuierlich und ohne disruptive Schritte erfolgen und von ausreichender Höhe für die Anreizwirkung sein.



Bei der Generalversammlung: Richard Freimüller (li.), Wärmepumpe Austria, und Andreas Weißenbacher, BWT Holding

Analyse – Batterie statt Importe

Fehlender Batteriespeicherausbau hält Strompreise hoch

Die Photovoltaik hat sich in Österreich mit rund 15 % Anteil am heimischen Stromverbrauch zur zweitwichtigsten Stromquelle entwickelt. Mit dem erfolgreichen PV-Ausbau wächst die Bedeutung von Flexibilitätslösungen, um die verfügbaren Strommengen auch bestmöglich zu nutzen und zeitlich bedarfsgerecht bereitzustellen. Während an sonnigen Tagen oder Wochenenden mit geringerem Stromverbrauch mehr Sonnenstrom zur Verfügung steht als unmittelbar benötigt wird und die Strompreise bis in den negativen Bereich sinken, bleibt die Stromnachfrage in den Abendstunden hoch und muss bislang häufig durch teure, fossile Stromimporte gedeckt werden. Eine Analyse von Fingreen im Auftrag des Bundesverbands Photovoltaik Austria (PV Austria) zeigt: Der gezielte Ausbau von Batteriespeichern kann heimisch erzeugten Sonnenstrom in die verbrauchsstarken und teuersten Abendstunden verschieben und damit die Strompreise nachhaltig senken.

TEURE ABENDSTUNDEN

„Batteriespeicher – egal ob klein oder groß – können einen wesentlichen Beitrag leisten, um hohe Strompreise für alle Konsumentinnen und Konsumenten spürbar zu senken. Der große Bonus für Österreich liegt in der Kombination aus netz- und gleichzeitig markt-dienlicher Nutzung, statt einer Abregelung von Erzeugungsanlagen in Zeiten mit negativen Strompreisen“, erklärt Herbert Paierl, Vorstandsvorsitzender von PV Austria, anlässlich einer Pressekonferenz. In den letzten drei Jahren waren die Strompreise in den teuersten vier Abendstunden um durchschnittlich rund 70 % höher als in den restlichen

Stunden. Mit einem gezielten Ausbau von Batteriespeichern könnte man den heimisch erzeugten Sonnenstrom genau in diese verbrauchsstarken Abendstunden verschieben und damit die Strompreise nachhaltig senken.

ERHEBLICHES POTENZIAL

Könnte Österreich seine aktuelle Batteriekapazität mit einem Schlag verfünffachen, wäre es schon heute möglich, an 60 Sommertagen den teuren Strombedarf in den Abendstunden mit überschüssigem PV-Strom zu decken. Der Strompreis könnte damit in den Abendstunden deutlich gesenkt werden. Alleine in den Sommermonaten liegt die errechnete Einsparung bei rund 150 Mio. Euro pro Jahr. Notwendig wäre dafür eine Batteriekapazität von bis zu 16 GWh.

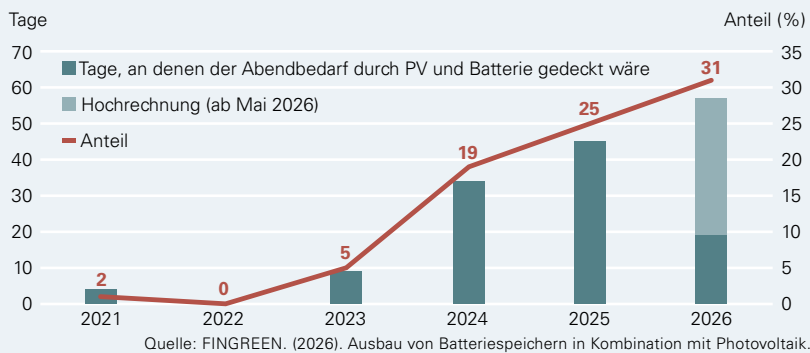
FÜNF MASSNAHMEN

Fingreen analysierte unterschiedliche Betriebsweisen und leitete darauf aufbauend Maßnahmen für den Batterieausbau ab. Sehr deutlich wird, dass nun der Regulator an der Reihe ist

rasch entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um das Potenzial von Batteriespeichern für Versorgungssicherheit, Netzstabilität und leistbare Strompreise nutzbar zu machen. PV Austria fordert fünf Maßnahmen:

- Österreichweit einheitliche und vereinfachte Regelungen für die Nachrüstung von Batteriespeichern bei bestehenden PV-Anlagen, um bestehende Stromerzeugungsanlagen ökonomisch optimal zu erweitern.
- Ausbau und Vereinfachung der EAG-Investitionsförderung für kleine Batteriespeicher bei neuen und bestehenden PV-Anlagen.
- Erhalt der EAG-Marktpremie für PV-Strom, der zwischengespeichert und zeitversetzt ins Netz eingespeist wird.
- Einführung einer Netzentgeltbefreiung für den Strombezug von Batteriespeichern aus dem öffentlichen Netz, um deren Potenzial ganzjährig nutzen zu können.
- Umfassende Daten und mehr Transparenz bei Netzbetreibern über Flexibilitätsbedarf, Dauer von Netzeinschränkungen und verfügbare Netzkapazitäten schaffen.

Batteriespeicher in Österreich





Unterzeichnen Absichtserklärung (v. li.): Kari Ochsner, IV-NÖ, BM Norbert Totschnig und Bernhard Puttinger, Green Tech Valley

Österreich bündelt Kräfte

Mit einer gemeinsamen Absichtserklärung setzen das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK), die IV-Plattform Green Tech Industry sowie das Green Tech Valley ein starkes Signal für die Zukunft der österreichischen Umwelt- und Energietechnologiebranche. Ziel der partnerschaftlichen Kooperation ist es, die Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und internationale Sichtbarkeit heimischer Green-Tech-Unternehmen weiter auszubauen und damit den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig zu stärken. Die neue Kooperation sieht nun einen struktu-

rierten und regelmäßigen Austausch zwischen Politik, Industrie und Umwelttechnik-Unternehmen vor. Darüber hinaus sollen Initiativen entwickelt und weitere Maßnahmen zur Stärkung der österreichischen Umwelt- und Energietechnologiebranche erarbeitet werden. Dazu Minister Norbert Totschnig: „Die grüne Transformation eröffnet große Chancen für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Österreich. Mit diesem Schulterschluss bündeln wir unsere Kompetenzen und stärken gezielt jene Technologien, die für Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und nachhaltiges Wachstum in unserem Land entscheidend sind.“

HARGASSNER

NACHHALTIG & EFFIZIENT WÄRME ERZEUGEN

WEIL WIR LIEBER MIT DEN BESTEN HEIZEN

Günstig, umweltfreundlich und komfortabel heizen mit den innovativen **Wärmepumpen und Biomasseheizungen vom Spezialisten für erneuerbare Wärme**. Ideal kombinierbar mit thermischen Solarkollektoren. Top-förderfähig!

HARGASSNER.COM

HEIZT NATÜRLICH EIN.

Rahmenbedingungen an RED III angepasst

Nationale Verordnungen für energetische Verwendung von Waldholz überarbeitet

Mit der Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III, (EU) 2023/2413) soll der Anteil an erneuerbaren Energien am Bruttoendverbrauch in den Sektoren Strom, Wärme und Transport bis 2030 auf 42,5 % erhöht werden. Damit Waldholz für dieses Ziel bei Verwendung in Biomasse-Kraft- und Heizwerken als erneuerbarer Energieträger bewertet wird und angerechnet werden kann, müssen verschärfte Nachhaltigkeits- und Erntekriterien sowie Vorgaben für Treibhausgasemissionen eingehalten werden. Die Nachweisführung erfolgt entlang der gesamten Lieferkette.

Mit Reduktion der Schwellenwerte sind die Vorgaben nun für Anlagen auf Basis fester Biomasse ab 7,5 MW und Anlagen auf Basis gasförmiger Biobrennstoffe ab 2 MW zu erfüllen. Für Anlagen auf Basis fester Biomasse ab 7,5 bis 20 MW besteht die Möglichkeit der vereinfachten Umsetzung.

ÜBERARBEITUNG DER DREI NATIONALEN VERORDNUNGEN

Die maßgeblichen Bestimmungen dazu werden in der RED III in Artikel 29 Absatz 2-7 und 10 behandelt. Für die Umsetzung der überarbeiteten, europäischen Richtlinie in österreichisches Recht hat das Bundesministerium für Landwirtschaft (BMLUK) die für die Produzenten von Biomasse relevanten Verordnungen adaptiert:

- Nachhaltige landwirtschaftliche Ausgangsstoffe-Verordnung - NLAV
- Nachhaltige forstwirtschaftliche Biomasse-Verordnung - NFBioV

Die für die Anlagenbetreiber relevante Biomasseenergie-Nachhaltigkeitsverordnung – BMEN-VO des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWET) – war in Begutachtung und muss nun erlassen werden.

STRENGERE VORGABEN

Wird Holz-Biomasse aus dem Wald für Biomasseanlagen über 7,5MW bereitgestellt bzw. geliefert, müssen strengere Vorgaben erfüllt werden, damit Biomasse als erneuerbar bewertet wird. Damit Biomasse nicht wie fossile Energieträger gewertet wird, muss die Einhaltung dieser Vorgaben nachgewiesen werden und führt zu einem administrativen Mehraufwand. In Bezug auf die geerntete Holz-Biomasse muss entlang der gesamten Lieferkette nachgewiesen werden, dass

- bei der Ernte die österreichischen Gesetze eingehalten wurden,
- auf den Ernteflächen der Wald erneuert wird,
- Gebiete, die zu Naturschutzzwecken ausgewiesen sind, tatsächlich geschützt werden,
- bei der Ernte auf die Erhaltung der Bodenqualität und biologischen Vielfalt geachtet wird,
- das Großkahlschlagsverbot befolgt und Totholz nicht vollständig abgeführt wird,
- keine Ernte von Stümpfen und Wurzeln erfolgt,
- geeignete Holzernteverfahren verwendet werden (Minimierung negativer Auswirkungen auf Bodenqualität und biologische Vielfalt),
- durch die Erntetätigkeiten die langfristigen Produktionskapazitäten des Waldes erhalten oder verbessert werden.

VERSCHÄRFUNG BEI FLÄCHENUMWANDLUNGEN UND ÄNDERUNGEN DER FLÄCHENNUTZUNG

Holz-Biomasse wird als nicht nachhaltig bewertet, wenn diese von Flächen stammt, die einen der nachfolgenden Status im Jahr 2008 hatten, ihn jedoch infolge von Flächenumwandlungen

oder Änderungen der Flächennutzung verloren haben.

Demnach darf das verwendete Holz nicht von Flächen stammen, die zum Zeitpunkt 01.01.2008 folgenden Nutzungszustatus hatten beziehungsweise immer noch haben:

- Natürliches Grünland > 1 ha mit großer biologischer Vielfalt,
- Weideland,
- Urwälder, Altwälder laut Risikobewertung,
- Waldflächen, für die die zuständige Behörde eine hohe biologische Vielfalt festgestellt hat, außer die Bewirtschaftung (Anbau und Ernte) beeinträchtigt die damit verbundenen Naturschutzziele nicht.

Für Holz aus Torfmooren gilt, dass dieses nur als nachhaltige Biomasse angerechnet werden kann, wenn für die Bewirtschaftung (Anbau und Ernte) die Flächen nicht entwässert werden müssen. Des Weiteren ist Holz nicht als nachhaltiger Energieträger anrechenbar, wenn es von Flächen stammt, die im Jahr 2008 noch Feuchtgebiete waren, aufgrund von Trockenlegungen aber keine mehr sind.

Im Forstgesetz und den Naturschutzgesetzen Österreichs sind diese Vorgaben bereits geregelt und die behördliche Überwachung und Durchsetzung gesichert. Daher erfolgt in Österreich für WaldbewirtschafterInnen (Erzeuger) eine vereinfachte Umsetzung mittels Eigenerklärung. Die WaldbewirtschafterInnen in Österreich ersparen sich dadurch eine aufwändige einzelbetriebliche Zertifizierung.

NACHHALTIGKEITSNACHWEIS DURCH EIGENERKLÄRUNG

Die Eigenerklärung zum Nachweis der Nachhaltigkeit von in Österreich geernteter Biomasse für ein von der

Europäischen Kommission anerkanntes Zertifizierungssystem ist online abrufbar (www.oekoenergie.cc). Mit ihr bestätigt der/die ErzeugerIn des Holzes, dass ...

- die Holz-Biomasse in Österreich geerntet wurde,
- das Einverständnis zu einer allfälligen Kontrolle durch eine bestimmte Zertifizierungsstelle erteilt wird.

Die Verordnung verpflichtet den Lieferanten, die mit Adresse von VerkäuferIn und KäuferIn sowie Datum versehene und unterschriebene Eigenerklärung mit jeder einzelnen Lieferung als Begleitdokument mitzusenden. Dies kann auch auf elektronischem Wege per E-Mail mit einer elektronischen Signatur erfolgen. Im Falle von Rahmenverträgen genügt es, die Eigenerklärung bei der ersten Lieferung beizufügen. Ein Duplikat der Eigenerklärung/der Eigenerklärungen ist/sind fünf Jahre aufzubewahren. Am besten erfolgt dies bei den Aufzeichnungen über die gelieferten Holzmen-gen und den Ort der Ernte, die bereits

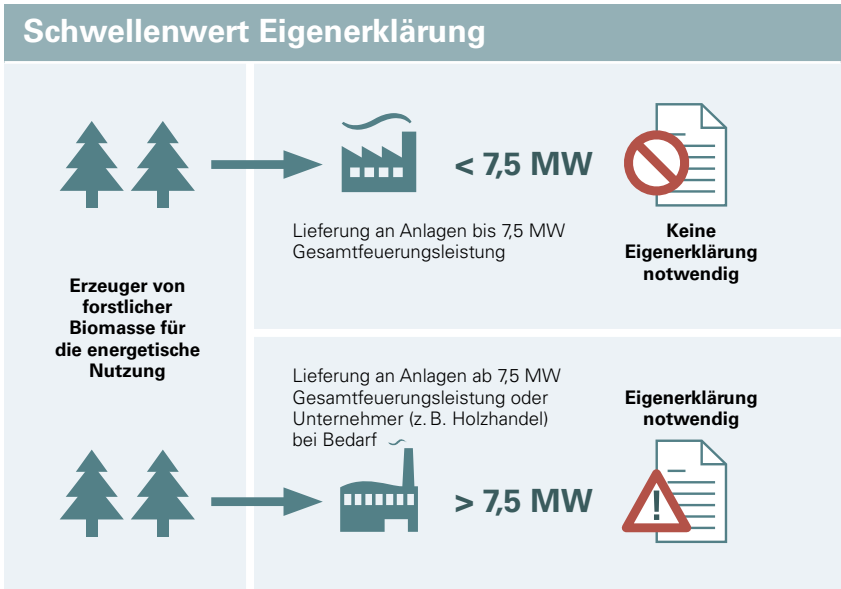
durch das Holzhandelsüberwachungsgesetz vorgeschrieben sind.

KEINE ÄNDERUNGEN FÜR LIEFERUNGEN AN ANLAGEN <7,5 MW

Für WaldbesitzerInnen bzw. ErzeugerInnen, die Biomasse direkt an AnlagenbetreiberInnen liefern, deren Gesamtfeuerungsleistung weniger als 7,5 MW beträgt, kommt es weiterhin zu keinen Änderungen. Da Biomasse aber auch an HändlerInnen verkauft wird, die große AnlagenbetreiberInnen beliefern, wird in diesem Falle von HändlerInnen selbst eine Eigenerklärung des Lieferanten eingefordert, damit die eingekaufte Biomasse als „erneuerbar“ weiterverkauft werden kann.

KEINE NACHWEISFÜHRUNG BEI STOFFLICHER NUTZUNG

Diese gesetzlichen Vorgaben gelten nur für Holz zur energetischen Verwertung. Für alle anderen Holzsortimente, wie Faser- und Schleifholz oder Sägerundholz, braucht es die Eigenerklärung nicht.





Bei der Eröffnung (v. li.): Leopold Bartsch, Bgm. Pinggau a.D., Andreas Steinegger, Präsident LK-Steiermark, Josef Riebenbauer, Leo Riebenbauer, Wirtschaftslandesrat Willibald Ehrenhöfer, Kerstin Raith Schweighofer, Bezirkshauptfrau Hartberg/Fürstenfeld, Sebastian Wolf, Bgm. Pinggau, GF Wolfgang Artner, Lukas Schnitzer, Landtagsabgeordneter und Klubobmann

Neues Bürogebäude feierlich eröffnet

Brauchen den ganzen bunten Blumenstrauß der erneuerbaren Energien

Anfang des Jahres hat das Büro für Erneuerbare Energie Riebenbauer sein neues Bürogebäude in Pinggau bezogen. Nach nur neun Monaten Bauzeit entstand auf einer Nutzfläche von 757 m² ein moderner Arbeitsplatz für das mittlerweile 20-köpfige Team.

GEBÜNDELTE EXPERTISE

Was 1990 als Ein-Personen-Büro durch Ing. Leo Riebenbauer gegründet wurde, hat sich zu einem international agierenden Planungsbüro entwickelt. In der Geschäftsführung wird Ing. Leo Riebenbauer mittlerweile durch Ing. Wolfgang Artner MSc und Ing. Josef Riebenbauer verstärkt. Am bisherigen Standort, einem über 100 Jahre alten Gebäude im Zentrum von Pinggau,

stieß das Team zunehmend an räumliche Grenzen. Das neue Bürogebäude liegt nur einen Steinwurf vom alten Standort entfernt und bietet nun den Raum, den das wachsende Unternehmen braucht. Hier bündelt das Unternehmen seine Kompetenzen in den Bereichen Biomasse, Fernwärmenetze, Photovoltaik, Solarthermie, Geothermie und Gebäudetechnik.

VISIONÄR MIT PRAXISBEZUG

„Wo geht die Reise in der Energiebranche hin? Aus meiner Sicht spielen hierbei drei Wörter die entscheidende Rolle: regional, nachhaltig und wirtschaftlich!“, so Leo Riebenbauer beim Festakt am 30. April. „Wir haben keine Straße von Hormus, sondern alles

vor unserer Haustüre! Die große Herausforderung der Energiewende sind funktionierende saisonale Speicher. Bei den Energietechnologien werden wir den ganzen bunten ‚Blumenstrauß‘ der Erneuerbaren benötigen!“

„Der Leo hat unser erstes Heizwerk 1998 in Leoben Hinterberg geplant, wodurch uns eine lange Bekanntschaft verbindet. Das Besondere an ihm ist, dass er immer vorausdenkend plant. Er ist auch ein großer Übersetzer der Wissenschaft für die Praxis und dadurch immer sehr innovativ. Ich wünsche dem Büro weiterhin viel Erfolg und ein steirisches Glück auf!“, erklärte Andreas Steinegger, Präsident der steirischen Landwirtschaftskammer.

„Danke für die anfangs begonnene Partnerschaft, die sich zu einer echten

Freundschaft entwickelt hat! Der Leo war und ist ein großer und innovativer Visionär, der alles mit Leidenschaft aber auch Konsequenz macht. Sein Motto war immer, wie schwierig es auch war: Des schaff ma schon! Und er bot immer eine Lösung für jedes Problem. Wenn es mehr Leute wie den Leo Riebenbauer gäbe, dann bräuchten wir uns keine Gedanken über unsere wirtschaftliche Zukunft machen. Ich gratuliere ihm dafür, was er alles vollbracht hat!“, schilderte Willibald Ehrenhöfer, steirischer Wirtschafts- und Finanzlandesrat.

HYBRIDHOLZBAU FÜR DIE ZUKUNFT

Architektonisch setzt der Entwurf von Architekt Rolf Neustädter auf eine Beton-Holz-Hybridbauweise. Das aus-

geklügelte Konzept kombiniert die thermische Speichermasse von Beton mit den ökologischen Vorzügen von Massivholzelementen. Statt auf Neuversiegelung setzte man auf die Revitalisierung einer innerörtlichen Brache. Zuvor stand dort ein über 30 Jahre leerstehendes Gebäude. Die neue Gebäudehülle wurde nach höchsten bauphysikalischen Standards mit ökologischen Dämmstoffen realisiert, um Transmissionswärmeverluste zu minimieren. Natürliche Materialien (Holzwände, Echtholzparkett) regulieren in Verbindung mit einer sensorgesteuerten Haustechnik das Raumklima. Das Herzstück des Neubaus ist das integrierte Energiekonzept: Photovoltaik-Kraftwerk; Solarthermie und das Pinggauer Fernwärmenetz. **AFU**

Steiermark kann 2030-Ziele für Ökostrom bereits erfüllen

Ausstieg aus Öl und Gas erfordert weitere Anstrengungen – Biomasse stellt die Hälfte der Wärmeversorgung

Mit der 2024 veröffentlichten „Klima- und Energiestrategie Steiermark (KESS) 2030 plus“ hat das Land Steiermark seine Zielvorgaben für die Energiewende deutlich angehoben. Innerhalb von nur zwei Jahren konnte die Steiermark ihren Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoinlandsverbrauch Energie von 32 % auf 40 % steigern. In der KESS 2030 plus ist bis 2030 eine Erhöhung des Erneuerbaren-Anteils auf 55 % vorgesehen.

THG-EMISSIONEN REDUZIERT

Im Energiesektor gingen die THG-Emissionen aufgrund des nahezu kompletten Ausstiegs aus der Kohle für die Strom- und Fernwärmeerzeugung um 82 % zurück. Im Gebäudesektor führten milde Winter, verbesserte Dämmung und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger statt Heizöl

zu einer Reduktion um 64 %. Problematischer bleiben Industrie und Verkehr, die zusammen 71 % der Emissionen ausmachen.

ÖLHEIZUNGEN HALBIERT

21 % der steirischen Haushalte verwenden Heizöl – zweitwichtigster Energieträger. Die Anzahl der Ölheizungen hat sich in den vergangenen 20 Jahren nahezu halbiert. Erdgas spielt mit 7 % eine untergeordnete Rolle. Rechnet man die biogene Fernwärme mit ein, beträgt der Holzanteil für die Raumwärmebereitstellung in der Steiermark 52 %.

Der Bruttoinlandsverbrauch an Bioenergie in der Steiermark betrug 2024 rund 54 PJ. Er hat sich in den letzten 20 Jahren etwa verdoppelt. Während die Nutzung von Scheitholz in dieser Zeit recht konstant blieb, gab es vor

allem bei Hackgut, Pellets und Laugen große Zuwächse. Damit stellt die Bioenergie etwa 65 % aller erneuerbaren Energieträger in der Steiermark. In keinem anderen Bundesland liegt die Bioenergie unter den Erneuerbaren so weit vorne, im Bundesschnitt liegt ihr Anteil bei knapp 50 %. Insgesamt deckt Bioenergie mehr als 26 % des gesamten steirischen Energiebedarfs.

PV MIT HÖCHSTEN ZUWÄCHSEN

Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energieträger verharrte lange Zeit unter 10 % und stieg erst durch den jüngsten Ausbau bei Photovoltaik, Wärmepumpen und Windkraft deutlich an. Damit stieg auch der Ökostromanteil an der Stromerzeugung in den letzten fünf Jahren von 50 % auf 66 %. Der in der steirischen Klima- und Energiestrategie anvisierte Wert von 65 %

erneuerbarem Strom bis 2030 wurde 2024 somit schon übertroffen.

WINDKRAFT IM GEBIRGE MÖGLICH

121 Windkraftanlagen lieferten mit 0,6TWh im Jahr 2024 5,3 % des Stromaufkommens. Die 25 Windparks befinden sich alle über 1.200 m Seehöhe. Als einziges alpinen Bundesland verfügt die Steiermark über eine signifikante Anzahl an Windkraftanlagen. 2026 sind 15 Neuanlagen mit 105 MW geplant.

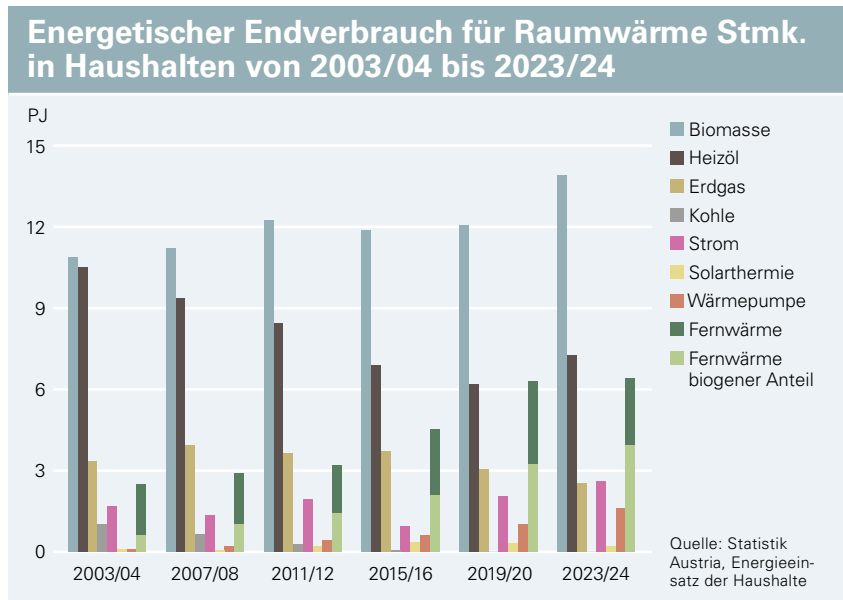
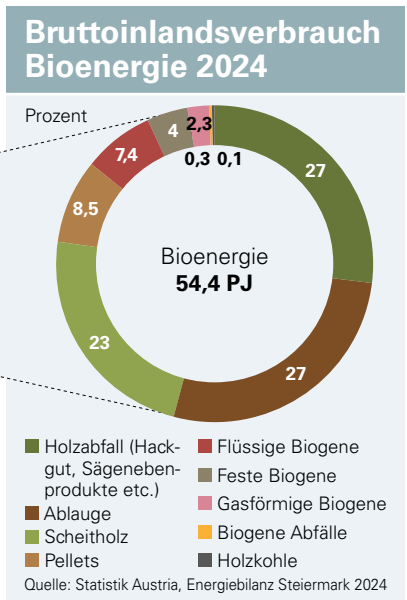
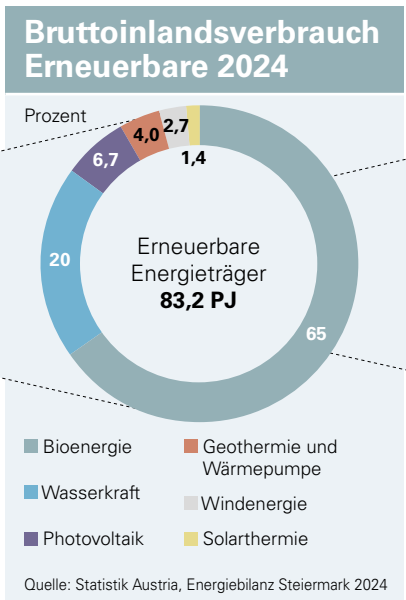
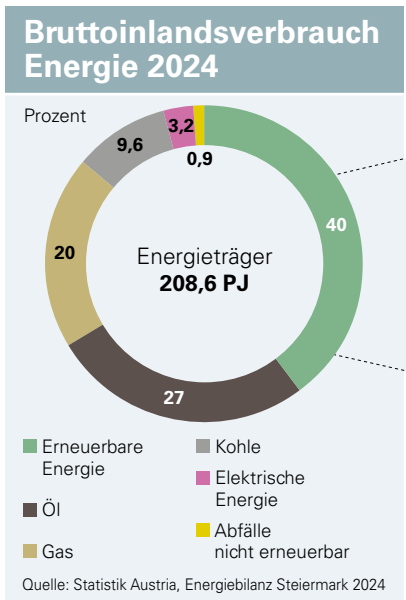
RÜCKGRAT WASSERKRAFT

2024 war ein Rekordjahr für Wasserkraft, zu der auch die jüngst errichteten größeren Murkraftwerke beigetragen haben. Mit einer Kapazität von fast 1.000 MW ist die Wasserkraft das Rückgrat der Stromversorgung.



„Die Steiermark zeigt, dass der Weg in eine klimafreundliche und unabhängige Energiezukunft bereits eingeschlagen ist.“

Simone Schmiedtbauer
Steirische Energielandesrätin



Erfolgsstory 70 Jahre Eschlböck

10 Mio. Euro Investment in Standort Prambachkirchen – Produktionskapazität kann verdoppelt werden

Der Landwirtssohn Rudolf Eschlböck gründete 1956 eine Firma zur Erzeugung von Landmaschinen. Der begeisterte Jäger gab vielen seiner von ihm entwickelten Maschinen einen Tiernamen. So baut er einen Ladewagen namens Hamster, einen Silo-Häcksler namens Habicht und die ersten Holzhäcksler bekommen den eingetragenen Markennamen Biber. Seit 1978 baut die Firma Eschlböck Holzhackmaschinen. 1992 übernahm Sohn Rudolf die Geschäftsführung. 2002 wurde die Eschlböck Maschinenfabrik GmbH gegründet, und Gattin Maria Eschlböck wurde in die Geschäftsführung aufgenommen. Mittlerweile ist die dritte Generation am Ruder: Reinhard, Eva und Alexander. Jedoch sind Rudolf und Maria weiterhin tatkräftig im Betrieb aktiv. Maria Eschlböck wurde auch zur Stellvertretenden Vorsitzenden des Österreichischen Biomasse-Verbandes gewählt.

LOB VOM LANDTAGSPRÄSIDENTEN

„Die Firma Eschlböck steht nicht nur für herausragende Qualität Ihrer Produkte, sondern auch für familiären Zusammenhalt und Umgang mit ihren

Kundinnen und Kunden. Meine erste Holzheizung habe ich 1980 installiert und da haben wir gemeinschaftlich mit anderen Landwirten einen Biber 7 von Eschlböck gekauft und waren vollends begeistert. Ich wünsche der Familie Eschlböck weiterhin viel Erfolg, und dass Sie weiterhin das geschäftliche wie das menschliche gleichsam hochhalten“, erklärte Max Hiegelsberger, oberösterreichischer Landtagspräsident, im Rahmen seiner Festrede.

DIGITALISIERUNG AM VORMARSCH

„70 Jahre lang beschäftigen wir uns mit Hackmaschinen. Das Besondere ist, dass wir seit 20 Jahren selber die Lkw-Modifikationen durchführen und hierbei ein großes Know-how aufgebaut haben. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal sind unsere Zwischengetriebe für die Powertrucks, diese gibt es nur bei uns!“, erklärte Reinhard Eschlböck im Rahmen einer Pressekonferenz. „Sicherheit und Qualität sind uns ein großes Anliegen. Deshalb entwickeln wir fortlaufend unsere ‚smarte‘ Steuerung weiter. Diese soll auch unerfahrenen Bedienern ein optimales Hackergebnis ermöglichen und die Verwaltung ver-



Nach der feierlichen Eröffnung der neuen Hallen (v. li.): Landtagspräsident Max Hiegelsberger, Bezirksobfrau Astrid Zehetmair sowie Familie Eschlböck

einfachen, wie zum Beispiel Aufzeichnungen der Einsatzzeiten“, unterstrich Alexander Eschlböck.

GLOBAL EXPANDIEREN

„Bei uns ist alles zu eng geworden, und wir sehen insbesondere auf globalen Märkten zusätzliche Absatz-

chancen. Deshalb haben wir uns entschlossen auszubauen, und zwar eine zusätzliche Lagerhalle und zwei weitere Produktionslinien – in Summe 4.500 m². Dafür investieren wir 10 Mio. Euro“, schilderte Rudolf Eschlböck bei der Betriebsführung. „Damit können wir unsere Produktionskapazität, wenn nötig, verdoppeln.“ AFU

Biberfest 2026: Demo-Hackvorführungen vom Einsteigermodell bis zum Flaggschiff.



Rund 1.200 Anmeldungen aus 23 Nationen wurden entgegen genommen.



v.li.: Staatssekretärin Elisabeth Zehetner, Lukas Püspök, Gerda Holzinger-Burgstaller, Erste Bank, Karl Nehammer, Europäische Investitionsbank

Hybrid-Park

In Nickelsdorf realisierte Püspök mit Unterstützung der Europäischen Investitionsbank (EIB) das aktuell zweitgrößte Hybrid-Energieprojekt Europas. Es kombiniert Windkraft, Photovoltaik und Batteriespeicher über eine gemeinsame Infrastruktur und stärkt damit die stabile Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromsystem. Das Zusammenspiel dieser drei Technologien schafft zusätzliche Flexibilität im Energiesystem und optimiert die Nutzung beste-

hender Netzanschlüsse. Ein zentraler Bestandteil des Projekts ist die Agri-PV. Durch die Inbetriebnahme von Österreichs größtem Batteriespeicher in Nickelsdorf wird das System um zusätzliche Speicher- und Flexibilitätskapazitäten erweitert. Über alle aktuell geplanten Projekte hinweg addieren sich diese auf 336,4 MWpeak Agri-PV und 246 MWh Speicherkapazität, wodurch eine stabile Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen sichergestellt wird.

Das Projekt läuft unter dem Programm REPowerEU, das darauf abzielt, Europas Abhängigkeit von Öl und Gas zu beenden.

70 MW-Großbatterie

Am Standort des EVN-Energieknotens Theiß entsteht ein Batteriespeicherprojekt mit einer Leistung von 70 MW und einer Kapazität von 140 MWh. Der neue Großspeicher wird ein zentrales Element für Netzstabilität und Versorgungssicherheit in Niederösterreich und darüber hinaus.

„Mehr Speicher heißt mehr Versorgungssicherheit, weniger Abhängigkeit, und sie bedeuten auch eine Entlastung der Netze. Das ist gerade wichtiger denn je und wird auch so bleiben. Sinkende Strom-Tarife

und der Ausbau der Speicher sind daher Schritte, um das Leben wieder leichter und unser Land sicherer zu machen. Der neue Batteriespeicher könnte etwa alle Haushalte in St. Pölten rund 12-14 Stunden mit Strom versorgen“, hilft LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf bei der Einordnung der Größe. Die Inbetriebnahme soll im 3. Quartal 2027 erfolgen. Rund 46 Mio. Euro investiert die EVN in das Zukunftsprojekt. Insgesamt werden 40 Batterie Container installiert.



(v. li.): Bgm. Stefan Löffler, LH-Stv. Stephan Pernkopf und EVN-Vorstandsdirektor Stefan Stallinger beim Spatenstich

HOT NEWS



Unstoppable

Unter dem Motto „We are unstoppable“ ist Wien heuer bereits zum zehnten Mal Schauplatz des Austrian World Summit 2026. Was als Initiative von Arnold Schwarzenegger begann, hat sich zu einer der international bedeutendsten Plattformen für Klimaschutz, Innovation und konkrete Lösungen entwickelt. Umwelt- und Klimaminister Norbert Totschnig war Teil des Jubiläum-Summits.



Neue Initiative

Die neue Initiative „Vielfalt braucht Bewirtschaftung“ zeigt, dass aktive, nachhaltige Waldbewirtschaftung Biodiversität, Klimaschutz, regionale Wertschöpfung und gesellschaftliche Leistungen miteinander verbindet und kein Widerspruch sind. Durch gezielte Pflege und Nutzung entstehen resiliente Wälder, die alle vier Hauptfunktionen erfüllen: Nutzfunktion (Holz als Rohstoff), Schutzfunktion (gegen Naturgefahren), Wohlfahrtsfunktion (CO₂-Speicherung, Luft- und Wasserreinigung) und Erholungsfunktion (Freizeit und Erholung).

Mehr Informationen unter: <https://vielfaltbrauchtbewirtschaftung.at>



Zu langsam ...

Der „Länderreport Österreich“ der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigt klar: Österreich hat ambitionierte Klima- und Energieziele und eine starke erneuerbare Basis – doch die Lücke zwischen Anspruch und Realität beim Erneuerbaren-Ausbau wird größer. Langwierige Genehmigungsverfahren und Verzögerungen bei der Planung und Gesetzgebung bremsen den notwendigen Erneuerbaren-Ausbau, unklare Förderbedingungen und ein fehlender Rechtsrahmen sorgen für hohe Kosten und stiften Unsicherheit bei Verbrauchern und Unternehmen.

Gastautor: Christoph Zipf

Des- und Fehlinformation – eine Gefahr für die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas

Desinformation und Fehlinformationen haben sich zu einem systemischen Risiko für die Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Handlungsfähigkeit Europas entwickelt. Koordinierte falsche und irreführende Narrative verzerren die öffentliche Debatte, untergraben das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse und verzögern den Einsatz heimischer, erschwinglicher, erneuerbarer Energie in einer Zeit, in der Europa diese dringend benötigt.

Europa steht derzeit vor riesigen Herausforderungen – Kriege, Energiepreise und Klimaschäden. Sie alle legen dieselbe Schwäche offen: Europa ist nach wie vor auf importierte fossile Brennstoffe angewiesen.

Der Krieg im Iran zeigt, welchen Preis diese Schwäche hat. Allein in den ersten zehn Tagen des Konflikts zahlten die europäischen Steuerzahler zusätzlich 3 Mrd. Euro für Energieimporte. 2022 löste Russlands Ukraine-Invasion eine Energiekrise aus, die Europa mehr als 1 Billion Euro kostete. Das sind die Konsequenzen, denen wir immer wieder ausgesetzt sein könnten, solange wir abhängig von fossilen Importen bleiben.

DIE LÖSUNG IST KLAR

Europa braucht erneuerbare Energie aus eigener Produktion. Es braucht zuverlässige Energie in großem Maßstab. Und es braucht sie schnell. Heute machen fossile Brennstoffe immer noch rund 70 % des europäischen Energiemixes aus. Das macht uns anfällig für volatile globale Märkte und autoritäre Regime im Ausland. Jedes Jahr gibt Europa rund 500 Mrd. Euro für den Import fossiler Brennstoffe aus. Dieses Geld fließt aus unseren Volkswirtschaften ab, anstatt sie zu stärken.

Ein auf erneuerbaren Energien basierendes Energiesystem würde Europa rund 1,6 Billionen Euro einsparen, verglichen mit einem Szenario, in dem wir die Klimaneutralität nicht erreichen. In dieser Zahl sind klimabedingte Schäden noch nicht einmal enthalten. Ebenso wenig sind darin die erhöhten Kosten des nächsten großen Energieschocks berücksichtigt, der jederzeit eintreten kann.

Die Windenergie liefert bereits Ergebnisse. Windkraft deckt rund 20 % des Strombedarfs in Europa. Jedes Jahr vermeiden Windkraftanlagen den Verbrauch von rund 100 Mrd. Kubikmetern fossiler Brennstoffe – das entspricht der Kapazität von 500 großen Öltankern.

Doch Europa wird dieses Ziel nicht allein mit Fakten erreichen. Die öffentliche Debatte über Windenergie ist ins Stocken geraten. Einige Akteure greifen reale Herausforderungen auf und übertreiben sie bis zur Unkenntlichkeit. Sie verbreiten abgestimmte Narrative und führen äußerst wirkungsvolle Kampagnen in den sozialen Medien durch. Sie stellen die Windenergie fälschlicherweise als ideologisches Projekt dar, das Gemeinden schadet, die Wirtschaft schwächt und die Natur bedroht.

Dies ist nicht nur ein Kommunikationsproblem. Es ist ein Problem für unsere Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit in Europa. Desinformation und Fehlinformation untergraben das Vertrauen in funktionierende technische Lösungen. Sie führen zur Einstellung von Projekten. Sie treiben die Kosten für BürgerInnen und Unternehmen in die Höhe. Noch wesentlicher ist, dass sie die Fähigkeit Europas gefährden, rationale Entscheidungen über seine energetische Zukunft zu treffen.

DIE FAKTEN SIND EINDEUTIG

Die Europäer unterstützen erneuerbare Energien, denn Erneuerbare sind die kostengünstigste Energiequelle, selbst wenn man die Kosten für Netz und Speicherung mit einberechnet. Sie machen Europa widerstandsfähiger gegenüber Energiekrisen. Was fehlt, ist ein widerstandsfähiges Informationsumfeld.

Journalisten und Journalistinnen sowie politische EntscheidungsträgerInnen müssen die Fakten wieder in den Mittelpunkt der Debatte rücken. Europa muss die Medienkompetenz stärken, damit die Menschen Manipulationen erkennen können. Und wir brauchen eine ernsthafte Debatte darüber, wie sichergestellt werden kann, dass soziale Medien ein Ort für faire, faktenbasierte Diskussionen sind und nicht zu Polarisierung und Angst beitragen.

Die Gewohnheiten beim Medienkonsum verändern sich in einem noch nie dagewesenen Tempo. Vor nicht allzu langer Zeit bezogen die meisten Menschen ihre Nachrichten über Fernsehen und Zeitungen. Diese traditionellen Medien fungierten als „Gatekeeper“, hielten sich an etablierte redaktionelle Standards und verfolgten relativ vorhersehbare Berichterstattungsmuster.

Heute nutzen mehr als 80 % der EU-BürgerInnen mindestens einmal pro Woche digitale Quellen wie soziale Medien und Online-Nachrichtenportale. Und fast 80 % geben an, dass ihnen in ihren Social-Media-Feeds politische Inhalte empfohlen werden, ohne dass sie danach gesucht hätten. Die heutige Welt wird zunehmend von Social-Media-Algorithmen dominiert. Dieser Wandel birgt beispiellose Risiken nicht nur für unsere demokratischen Systeme, sondern auch für die Stabilität unserer Volkswirtschaften.

Trotz aller Polarisierung und politischen Auseinandersetzungen rund um Klima und Energie herrscht unter den Europäern ein breiter Konsens darüber, dass die Regierungen den Klimawandel bekämpfen und erneuerbare Energien ausbauen müssen. 81 % der



Ein deutscher Windenergiegegner teilt eine Schlagzeile der rechts-extremen Zeitung „The Epoch Times“

EU-BürgerInnen unterstützen das Ziel des „Clean Industrial Deal“ der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. 88 % halten es für wichtig, dass die EU Maßnahmen zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien ergreift.

Doch wenn es um die Umsetzung dieser Agenda geht, wirkt Europa oft gelähmt. Die für die Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaften erforderlichen Maßnahmen stoßen auf zunehmenden Widerstand. Die Diskussionen in den sozialen Medien sind besonders polarisiert und vermitteln ein verzerrtes Bild der Realität. Diese Online-Diskussionen beeinflussen politische Entscheidungen, verzögern Gesetzgebungsverfahren und behindern Investitionen.

EUROPAWEITES NETZWERK

Es gibt ein Informationsumfeld (bzw. eine Vielzahl an autonom agierenden Akteuren), das diese Verzerrung vorantreibt. Dazu gehören Akteure aus den Bereichen Medien und Politik sowie Gruppen aus der Zivilgesellschaft und einzelne Aktivisten und Aktivistinnen. Auch wenn sie sich hinsichtlich ihrer Reichweite und ihres Kommunikationsstils unterscheiden, tragen sie alle zu denselben Des- und Fehlinformationsnarrativen bei.

Diese Narrative beeinflussen die Wahrnehmung in der Realität. Eine Mehrheit der Deutschen, Belgier, Niederländer, Franzosen und Schweizer glaubt, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien die Strompreise für Privathaushalte in die Höhe treiben wird, obwohl die Internationale Energieagentur (IEA) bestätigt, dass sie den gegenteiligen Effekt haben. In Frankreich, Polen, Belgien und der Schweiz glaubt etwa die Hälfte oder mehr, dass Elektroautos genauso schädlich für den Planeten sind wie die fossilen Pendanten.

Noch besorgniserregender ist, dass Fehl- und Desinformation rapide zunehmen. Deutschland ist ein typisches Beispiel: Der Anteil der Deutschen, die glauben, dass die Energiewende der Industrie ihres Landes schaden wird, stieg zwischen 2017 und 2025 von 25 % auf 64 %. 2025 glaubten nur noch 45 % der EuropäerInnen, dass die Energiewende dauerhaften Wohlstand sichern würde – ein Rückgang um 5 % gegenüber 2024. In Spanien und Italien sank dieser Wert innerhalb eines einzigen Jahres um rund 10 %.

Mehr als 80 % der EU-BürgerInnen glauben, dass sie in den letzten sieben Tagen mit Desinformation oder Fake News konfrontiert wurden. Und rund 50 % der Europäer geben an, dass es ihnen schwerfällt, zwischen verlässlichen Informationen und Desinformation zum Thema Klimawandel zu unterscheiden, wenn es um Soziale Medien geht. 2026 steht Desinformation an zweiter Stelle der größten Sorgen der EuropäerInnen.



William Moorlag, ehemaliger niederländischer Parlamentsabgeordneter, wird als Nazi mit dem Text „Der Henker von Meeden“ von Windkraftgegnern dargestellt.

© Hean/ANP

Was sind Des- und Fehlinformationen?

Desinformation: Falsche Informationen, die absichtlich verbreitet werden, um zu täuschen. Beispielsweise verbreitet eine Person, die in einer vom Kreml finanzierten Trollfabrik arbeitet, eine erfundene Geschichte über gesundheitliche Bedenken im Zusammenhang mit Windkraftanlagen.

Fehlinformation: Falsche Informationen, die ohne die Absicht, irrezuführen, verbreitet werden. Beispielsweise sieht jemand den vom Kreml finanzierten Inhalt und teilt ihn über seinen Facebook-Account.

WER SIND DIE AKTEURE?

Des- und Fehlinformationen im Zusammenhang mit Windenergie stammen nicht aus einer einzigen Quelle und folgen auch keiner einheitlichen Logik. Sie werden von einem vielfältigen Netzwerk von Akteuren vorangetrieben, die in der Zivilgesellschaft, der Politik und der Medienlandschaft tätig sind und sich gegenseitig in ihren Narrativen bestärken, oft mit unterschiedlichen Motivationen. Dazu gehören lokale und transnationale Anti-Windkraft-Interessengruppen, politische Akteure aus dem gesamten ideologischen Spektrum, mit dem Kreml verbundene ausländische Einflussnetzwerke sowie Akteure, die mit politischen Eliten und (fossilen) Wirtschaftsinteressen verbunden sind. Daneben spielt eine breite Palette von Medien, von randständigen Verschwörungswebsites bis hin zu Teilen der Mitte-Rechts-Mainstream-Presse, eine entscheidende Rolle bei der Verstärkung und Normalisierung von Anti-Windkraft-Narrativen.

Diese Akteure unterscheiden sich nicht nur in ihren Zielen, sondern auch in ihrer Art der Kommunikation. Organisierte Anti-Windkraft-Gruppen sind in der Regel die produktivsten Produzenten von Inhalten. Sie sind ständig online präsent, mobilisieren Anhänger plattformübergreifend und stützen sich häufig auf abwegige Verschwörungstheorien oder nachweislich falsche Behauptungen, insbesondere in Bezug auf gesundheitliche, ökologische oder gesellschaftliche Auswirkungen.

Im Gegensatz dazu neigen rechtsextreme politische Akteure und Teile der Mitte-Rechts-Mainstream-Medien dazu, sich auf selektive Darstellungen zu stützen. Anstatt offensichtliche Unwahrheiten zu verbreiten, konzentrieren sie sich auf Behauptungen, die zwar Elemente der Wahrheit enthalten, aber irreführend oder verzerrt dargestellt werden – wie übertriebene Kostenangaben, vereinzelte Umweltvorfälle, die als systemisches Versagen dargestellt werden, oder legitime infrastrukturelle Herausforderungen, die als Beweis dafür angeführt werden, dass Windenergie von Natur aus nicht tragfähig sei. Dieser Ansatz macht es schwieriger, solche Narrative anzufechten, da sie sich innerhalb der Grenzen der Plausibilität bewegen und dennoch das Vertrauen der Öffentlichkeit und die politische Unterstützung erheblich untergraben.

Zusammen schaffen diese Dynamiken ein vielschichtiges Informationsumfeld, in dem extreme Fehlinformationen, strategische Verzerrungen und selektive Darstellungen nebeneinander bestehen und sich gegenseitig verstärken. Das Verständnis der verschiedenen beteiligten Akteure – und der unterschiedlichen Narrativstrategien, die sie anwenden – ist unerlässlich, um zu beurteilen, wie Des- und Fehlinformationen sich verbreiten, warum sie bei verschiedenen Zielgruppen Anklang finden und wie sie sich in konkreten politischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Schäden für den europäischen Windsektor niederschlagen.

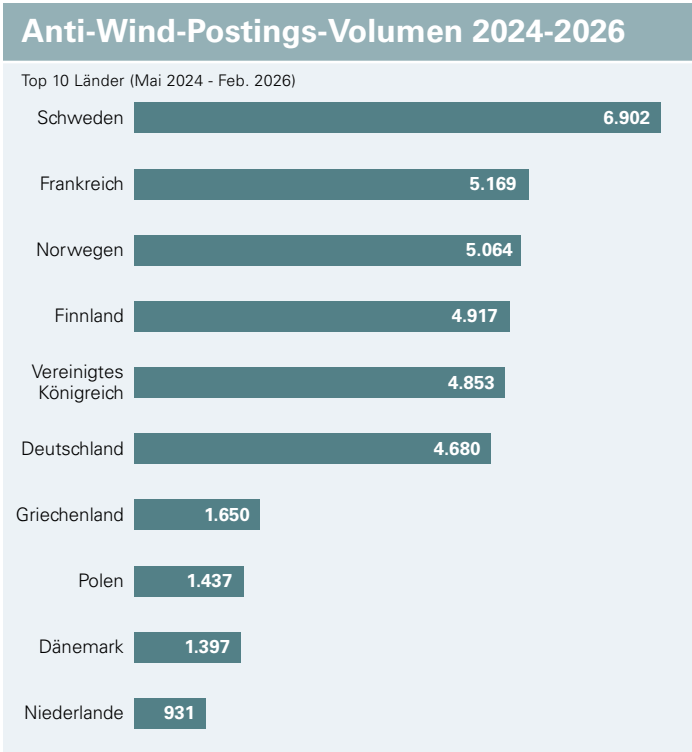
BEISPIEL ANTI-WINDKRAFT-GRUPPEN

Organisierte Anti-Windkraft-Gruppen gehören zu den aktivsten und radikalisiertesten Akteuren im Bereich der Des- und Fehlinformationen über Windkraft. Sie bringen regelmäßig eine Vielzahl von Argumenten gegen die Windenergie vor und scheuen sich nicht vor abwegigen Verschwörungstheorien, insbesondere in Bezug auf angebliche gesundheitliche Auswirkungen durch Infraschall oder katastrophale Umweltschäden, selbst wenn solche Behauptungen wiederholt widerlegt wurden. Die anhaltende Konfrontation mit diesen Narrativen kann zu einer erheblichen Radikalisierung beitragen, wobei manche Kampagnen in Einschüchterung, Sabotage oder körperliche Gewalt eskalieren.

Die meisten Anti-Windkraft-Gruppen präsentieren sich als lokale Basisinitiativen und sind tatsächlich oft auf kommunaler oder nationaler Ebene organisiert. Sie sind oft sehr aktiv in den sozialen Medien, wo sie große Mengen an Inhalten veröffentlichen und mit Unterstützern interagieren, auch wenn einzelne Beiträge in der Regel nur begrenztes Engagement außerhalb ihrer Kernzielgruppen hervorrufen. Die Aktivitäten beschränken sich nicht auf den Online-Bereich. Öffentliche Versammlungen, Proteste vor Ort und Besetzungen von Standorten bleiben zentrale Taktiken. Eine wiederkehrende Taktik ist die Mobilisierung von Aktivisten, die über Regionen oder Länder hinweg reisen, um an Demonstrationen teilzunehmen, wobei sie sich als lokaler Widerstand präsentieren, während sie auf extern organisierte Netzwerke und Ressourcen zurückgreifen.

Motvind Norge, eine auf nationaler Ebene organisierte und hoch professionalisierte Anti-Windkraft-Gruppe aus Norwegen, veranschaulicht, wie eine landesweit organisierte Anti-Windkraft-Gruppe in der Praxis vorgeht. Motvind wurde 2019 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, jeglichen Ausbau der Windenergie in Norwegen zu stoppen, unabhängig vom Standort oder der Projektgestaltung. Die Organisation ist seit ihrer Gründung rasant gewachsen und zählt landesweit mehr als 20.000 Mitglieder, was sie zu einem der prominentesten Anti-Windkraft-Akteure in Europa macht.

Ein zentraler Pfeiler der Kampagnenarbeit von Motvind ist die Darstellung der Windenergie als schwerwiegende und systemische Bedrohung für die menschliche Gesundheit und die natürliche Umwelt. In frühen Projektphasen wendet sich die Organisation systematisch mit gesundheitsbezogenen Argumenten an die Kommunen und drängt die lokalen Behörden, Windkraftprojekte präventiv zu blockieren. Diese gesundheitsbezogenen Behauptun-



75 % der Anti-Windkraftposts stammen aus Schweden, Frankreich, Norwegen, Finnland, Großbritannien und Deutschland, während die meisten Interaktionen in Großbritannien, Deutschland und Norwegen festgestellt wurden (Mai 2024 – Februar 2026).

gen, beispielsweise rund um Infraschall, sind ein wiederkehrendes Merkmal der öffentlichen Kommunikation von Motvind, obwohl es keinen wissenschaftlichen Konsens gibt, der solche Auswirkungen stützt.

Neben formellen Kampagnen hat sich Motvind auch an illegalen Protestaktionen beteiligt, darunter die Blockade öffentlicher Straßen mit Ketten während Demonstrationen gegen Windkraftprojekte. Diese Aktionen haben zu Vorwürfen der Einschüchterung und zur Eskalation lokaler Konflikte rund um den Ausbau der Windenergie beigetragen.

Motvind wurde zudem wiederholt mit pro-russischen Informationsumgebungen in Verbindung gebracht. Steigan.no und Derimot.no, beides Medien, die häufig Kreml-nahe Narrative verbreiten, haben wiederholt die Anti-Windkraft-Inhalte und Botschaften von Motvind verstärkt. Dies bedeutet zwar keine formelle Zusammenarbeit, verdeutlicht jedoch, wie die Narrative von Motvind innerhalb breiterer Informationsnetzwerke zirkulieren, die auch zur Verbreitung Kreml-naher Narrative genutzt werden. Die Umwelt-NGO Bellona hat darauf hingewiesen, dass Eivind Salen, eine führende Persönlichkeit bei Motvind, Beiträge mit kremlfreundlichen Narrativen verfasst hat, was verdeutlicht, wie mit Motvind verbundene Kommunikationskanäle mit breiteren, mit dem Kreml verknüpften Informationsumgebungen interagieren.

WER STEHT HINTER DIESEN NETZWERKEN?

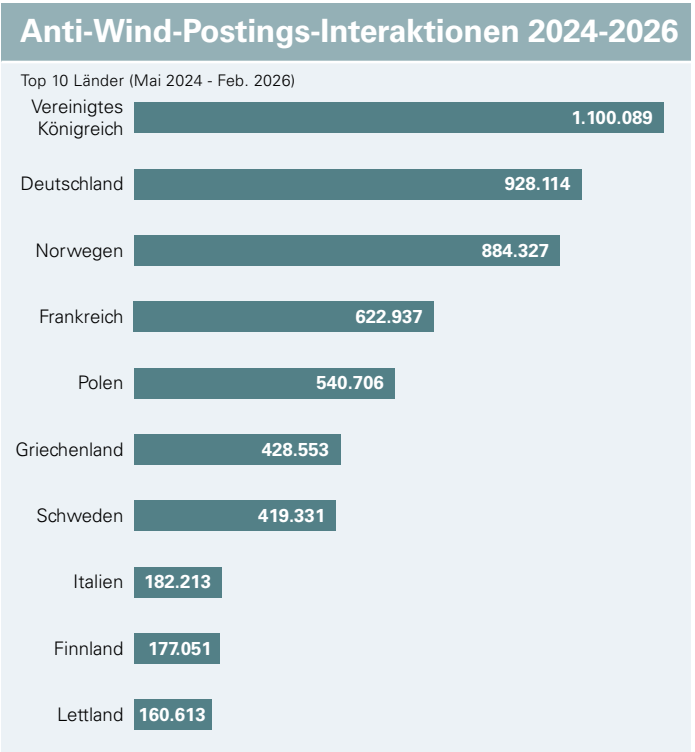
Hinter den Akteuren, die Falsch- und Desinformationen über Windenergie verbreiten, steht eine zweite Ebene von Unterstützern, die bewusst im Verborgenen agieren. Anstatt direkt zu kommunizieren, unterstützen sie Anti-Wind-Akteure, damit diese in ihrem Namen sprechen. Auf diese Weise können sie ihre Ziele vorantreiben und gleichzeitig einer genauen Prüfung entgehen, die ihre Botschaften diskreditieren könnte.

Der Kreml ist ein wichtiger Unterstützer des Anti-Windkraft-Netzwerkes. Laut NATO ist der Kreml zum Haupttreiber von Diskussionen in den sozialen Medien geworden, die der grünen Energie schaden, da er seine Angriffe auf den Sektor seit Beginn der groß angelegten Invasion der Ukraine verstärkt hat. Erneuerbare Energien sind zu einem Hauptziel des Kremels geworden, da sie Europa energieunabhängiger machen und damit Russlands strategischen Einfluss sowie seine Energieeinnahmen verringern. Ein Bericht des polnischen militärischen Spionageabwehrdienstes schätzt, dass Russland und Weißrussland jährlich 2 bis 4 Mrd. US-Dollar für die Beeinflussung öffentlicher Diskurse ausgeben, wobei ein erheblicher Teil auf grüne Energiepolitik und Klimaaktivismus abzielt.

Ein weiterer Akteurskreis, der immer wieder mit Des- und Fehlinformationskampagnen gegen die Windenergie in Verbindung gebracht wird, ist die Lobby der fossilen Brennstoffindustrie. In verschiedenen Ländern gibt es seit langem Vorwürfe, dass Akteure aus der fossilen Brennstoffindustrie scheinbar basisdemokratische Bewegungen finanziert, Des- und Fehlinformationen über Windenergie verbreitet und die öffentliche Debatte geprägt haben, während sie sich selbst als legitime Bürgerinitiativen präsentierten, die sich um lokale oder ökologische Belange sorgen.

Die detailliertesten öffentlich zugänglichen Belege stammen aus einer Studie des Climate and Development Lab der Brown University aus dem Jahr 2023, in der die Bewegung gegen Offshore-Windenergie im Osten der Vereinigten Staaten kartiert wurde. Die Studie ergab, dass Organisationen, die in diesem Netzwerk aktiv sind, zwischen 2017 und 2021 Spenden in Höhe von mehr als 72 Mio. US-Dollar von Spendern aus der fossilen Brennstoffindustrie und aus anonymen Quellen erhielten. Die Untersuchung dokumentiert, wie diese Finanzströme Anti-Windkraft-Gruppen unterstützen, die sich öffentlich als lokale Opposition darstellen, dabei aber von rechtlicher Unterstützung und koordinierten Botschaften profitieren. Verschiedene Sachbücher und Bestseller haben sich mit der Einflussnahme der fossilen Energiebranche auseinandergesetzt. Im deutschsprachigen Raum sind hier unter anderem „Männer, die die Welt verbrennen“ von Christian Stöcker sowie „Die Klimaschmutzlobby“ von Susanne Götze und Annika Joeres zu nennen.

Wichtig ist, dass diese Erkenntnisse ausschließlich auf öffentlich zugänglichen Daten beruhen. Unser aktueller Report hat diese Verbindungen nicht explizit untersucht. Angesichts undurchsichtiger Finanzierungsstrukturen und zwischengeschalteter Organisationen dürfte das tatsächliche Ausmaß der externen Unterstützung für Anti-Windkraft-Kampagnen größer sein, als derzeit dokumentiert werden kann.



WINDEUROPE-STUDIE

Um das Ausmaß, die Struktur und die Auswirkungen des Anti-Windkraft-Netzwerks zu erfassen, das den Energiediskurs in Europa prägt, hat WindEurope in Zusammenarbeit mit CASM Technology eine Online-Untersuchung durchgeführt. Diese Analyse liefert eine erstmalige Bestandsaufnahme des europäischen Online-Netzwerks gegen Windenergie. In der Studie wurden Online-Aktivitäten gegen Windenergie in ganz Europa zwischen dem 1. Mai 2024 und dem 28. Februar 2026 untersucht und zwar bei Facebook, Instagram, X, YouTube, TikTok und LinkedIn.

Insgesamt wurden auf den sechs Plattformen 573 Konten identifiziert, die aktiv an Anti-Windkraft-Aktivitäten beteiligt waren. Im Untersuchungszeitraum produzierte dieses Netzwerk mehr als 43.000 Anti-Windkraft-Beiträge sowie damit verbundene Des- und Fehlinformationen, die etwa 6,3 Mio. aktive Interaktionen und mindestens mehrere 10 Mio. Aufrufe generierten. Zwar ist es nicht möglich, das gesamte Ausmaß aller Online-Aktivitäten in den sozialen Medien genau zu erfassen, doch angesichts der Breite der abgedeckten Länder und der Konsistenz der beobachteten Muster erfasst dieses Netzwerk wahrscheinlich die Kernknotenpunkte des öffentlich sichtbaren Online-Anti-Windkraft-Netzwerks in ganz Europa.

WIRTSCHAFTLICHER SCHADEN

In den europäischen Medien, in politischen Kreisen und in der Öffentlichkeit herrscht die Auffassung vor, dass Des- und Fehlinformationen ein Problem für die Demokratie und den öffentlichen Diskurs darstellen. Dass sie hauptsächlich dazu genutzt werden, demokratische Institutionen zu untergraben oder internationale Konflikte wie den Krieg in der Ukraine zu beeinflussen. Doch es geht um mehr als das. Es handelt sich um eine Waffe, die von den systemischen Rivalen der EU und/oder mächtigen Wirtschaftsakteuren eingesetzt wird, um das Geschäftsmodell europäischer Unternehmen anzugreifen. Verstärkt durch soziale Medien sind Des- und Fehlinformationen zu einer großen Bedrohung für einzelne Unternehmen, Wirtschaftszweige sowie für die allgemeine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas geworden.

DREI EMPFEHLUNGEN

Die Herausforderung gegenüber Des- und Fehlinformation muss dringend angegangen werden – und erfordert Maßnahmen in Politik, Medien, Bildung und im digitalen Raum.

Fakten wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rücken und dem demokratischen Auftrag gerecht werden: Medien und politische Entscheidungsträger müssen eine faktenbasierte Diskussion ermöglichen, der Normalisierung irreführender Narrative entgegenwirken und dem klaren öffentlichen Auftrag zum Ausbau erneuerbarer Energien nachkommen. Die Windindustrie verpflichtet sich zu Transparenz, hohen ökologischen und sozialen Standards sowie zur weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen, Investitionen und einer sicheren Energieversorgung für Europa.

Medien- und digitale Kompetenz bereits von Kindesbeinen an stärken: Europa braucht langfristige Widerstandsfähigkeit gegen Manipulation. Die Integration von Medien- und Digitalkompetenz in die Schulbildung ist unerlässlich, um künftige Generationen mit den Fähigkeiten auszustatten, Informationen kritisch zu bewerten und sich in digitalen Informationsumgebungen zurechtzufinden.

Gewährleistung eines gesunden, faktenbasierten Diskurses in Online-Informationsumgebungen: Es bedarf eines europäischen Ansatzes, um Des- und Fehlinformationen im Internet systematisch zu bekämpfen. Die wirksame Umsetzung bestehender EU-Vorschriften, einschließlich des Gesetzes über digitale Dienste, ist ein entscheidender erster Schritt, um die Verbreitung nachweislich falscher Inhalte einzudämmen und den öffentlichen Diskurs in Europa zu stärken.

Christoph Zipf

leitet die Presse- und Kommunikationsabteilung von WindEurope. Der Kommunikationsexperte ist seit 2016 in der Windenergiebranche tätig.



Kleinanzeigen

**WAAGEN & SYSTEME**
+43 316 81 68 210



**RIEBENBAUER**
Büro für Erneuerbare Energie
www.riebenbauer.at, office@riebenbauer.at, 8243 Pinggau, T 03339 25 113

**Ringhofer & Partner GmbH**
Gebäudetechnik, Bau- und Energieplanung
8243 Pinggau, Raiffeisenstraße 13 | 03339 23195
office@ripa.at | www.ripa.at

Termine

02.09. – 04.09.

58. Int. Holzmesse
Klagenfurt;
<https://www.kaerntnermessen.at/>

18. September

EnergiewendeCUP
Wien,
West Side Soccer Arena

22.09. – 23.09.

Wood Pellet Association of Canada Conference
Victoria/CA;

24. September

Fuel Market Day 2026
Stockholm/SE,
www.svebio.se

26. September

Vienna Climate Run
Wien;
www.viennaclimaterun.at/

29.09. – 30.09.

Salon del gas renovable
Valladolid/ES;
www.salondelgasrenovable.com/

05.10. – 06.10.

Bioeconomy Austria Summit
Graz

07.10. – 08.10.

Biomass PowerON
Stockholm/SE
<https://fortesmedia.com>

15. Oktober

Circular Carbon Conference
Wien;
www.circularcarbonconference.at/

22. Oktober

Wald und Carbon Management
Wien;
Universität für Bodenkultur

28.10. – 30.10.

Bioenergy & Bioeconomy
Seville/ES;
<https://ibbce.com/>

25.11. – 26.11.

PV-Fachtagung
Villach; <https://pvaustria.at/fachtagung-pv-speicher/>



ENERGIE WENDE

Du kannst Großes schaffen.

Mit deiner Lehre in der **FERNWÄRMETECHNIK**

Mehr Infos auf fernwaerme.at

FERNWÄRME
Nährer als gedacht.



Fachkongress Holzenergie

26. Fachkongress Holzenergie

Erneuerbar. Verlässlich. Wirkungsvoll.
Holzenergie mit Zukunft

29.09. – 30.09.2026
Congress Centrum Würzburg

**SURE**
SUSTAINABLE RESOURCES
Verification Scheme GmbH

Aus der Praxis – für die Praxis

- Eines der führenden Zertifizierungssysteme im Bereich land- und forstwirtschaftlicher Biomasse sowie Abfall und Reststoffe aus Biomasse
- Zertifizierungssystem für die Strom- und Wärmeerzeugung in Biomasse- und Biogasanlagen
- „Full-Scope“-Zertifizierungssystem für die gesamte Lieferkette
- Führend in Österreich mit derzeit 333 zertifizierten Anlagen aus Holzindustrie, Landwirtschaft und Biogassektor
- Anerkennung anderer EU-zugelassener Zertifizierungssysteme gemäß RED III

► Vertrauen auch Sie auf SURE – wie weltweit mehr als 5.500 Unternehmen!

► Ausführliche Informationen auf www.sure-system.org



KONTAKT

SUSTAINABLE RESOURCES
Verification Scheme GmbH

www.sure-system.org
info@sure-system.org

Schwertberger Straße 16
D-53177 Bonn

+49 (0) 228 3506 150

enSURE Compliance with RED II and RED III

be RESPONSIBLE | be SUSTAINABLE | be SURE



Terminaviso

EEÖ-FACHDIALOG Wärmewende

30. September 2026
Wien | Online

Hier Event-Updates **abonnieren:**
www.erneuerbare-energie.at/anmeldung-fd

Erneuerbare Energie Österreich  In Kooperation mit:  **TECHNIKUM WIEN**





7. Österreichischer Energieeffizienzkongress

05. November 2026
Hilton Park, Wien

klimaaktiv

QUELLEN ZUR TABELLE SEITE 1

HAUSHALTE: Basis: Bezugswert ist der Heizwert, Pelletsbestellmenge 6 t, Hackgut und Scheitholz regional zugestellt, 15.000 kWh bei Gas, 1000l bei Heizöl (Standaufnahme), inkl. MwSt., zugestellt, exkl. Abfüllpauschale. Quelle: proPellets Austria, Landwirtschaftskammer Österreich, E-Control, IWO, BMNT, eigene Berechnungen;	Sägerundholz, Schleif- und Faserholz (Mischpreis), Futterweizen, Körnermais: Statistik Austria Preise landwirtschaftlicher Produkte ohne MwSt.; Sägenebenprodukte: Energieholzindex der Landwirtschaftskammer Niederösterreich; argusmedia.com.
GROSSHANDEL, BÖRSE: Kohlepreis, Erdöl (Brent), Heizölpreis, Ethanolpreis, Rapsölpreis: finanzen.net; Erdgas TTF ; investing.com; Lose Pellets Gewerbe (17 t) laut proPellets Austria, exkl. MwSt. und Füllpauschale; Strom: Energy Exchange Austria, bEXAbase;	Für Druckfehler und Irrtümer wird keine Haftung übernommen. Stand: 29.06.2026